

Dokumentation des Streitgesprächs aus dem Tagungsreader: Arbeit statt Stütze ? ein fachpolitisches Streitgespräch am 23. November 2000 in Köln S. 39-73

Fachpolitisches Streitgespräch

TeilnehmerInnen:

Roland Matzdorf, Ministerium für Arbeit, Soziales, und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW, Düsseldorf, **Prof. Dr. Helga Spindler**, Gesamthochschule Essen, **Thomas Münch**, Arbeitslosenzentrum Köln, **Karl-Peter Fuß**, Direktor des Arbeitsamtes Köln, **Guido Grüner**, Arbeitslosenzentrum QUER, Oldenburg, und **Arndt Schwendy**, Direktor des Sozialamtes Köln.

Moderation:

Klaus Müller-Starmann

Herzlich willkommen Ich würde als erstes Frau Dr. Spindler bitten, das Wort zu ergreifen. Sie hat in der öffentlichen Diskussion des Projektes, über das wir hier reden, sehr heftig reagiert. Ich bitte Sie um ihre Meinung

Prof. Dr. Helga Spindler

Ich habe mich mit dem Projekt auseinandergesetzt und frage mich: So schön, wie das heute morgen dargestellt worden ist, - es wird geholfen, es wird individuell auf den Menschen eingegangen - was hast du denn daran auszusetzen? Ich habe auch lange über den Materialien gesessen und überlegt: das sieht doch irgendwie aus wie Hilfe, aber irgendwie auch nicht. Da passt etwas nicht.

Ich möchte gern anknüpfen an dem Motto "Arbeit statt Stütze" und möchte Ihnen sagen, worum es mir geht. Mir geht's einmal sowohl um Arbeit, und zwar um menschenwürdige Arbeit. Ich bin von meiner Profession her Arbeitsrechtlerin und das schon lange. Und es geht mir um die Sicherung des notwendigen Existenzminimums, um den Erhalt der Sozialhilfe und um eine menschenwürdige Sozialhilfepraxis. Mit dem anderen und "größeren Fuß" bin ich außerdem Sozialhilferechtlerin. Das sind zwei Aufgaben, die nicht einfach unter einen Hut zu bringen sind.

Neben der Außendarstellung dieses Projektes habe ich mir die rechtliche, die nichtöffentliche Struktur genauer angesehen. Ich war ebenfalls eingeladen, einmal einen Tag die Jugendlichen hier zu besuchen. Aber ich hab's deswegen nicht gemacht, weil ich zunächst einmal unterstelle, dass alle Pädagogen, die mit diesen Jugendlichen beschäftigt sind, versuchen, Ihr Bestes zu geben. Trotzdem gefällt mir der gesamte rechtliche Rahmen nicht, und in meinen Augen setzen Sie mehrere rechtliche Systeme und Sicherheitssysteme, die nicht zu Unrecht zu einer Demokratie gehören, mit dem Projekt aufs Spiel.

Ich meine, dass sowohl das Recht auf Sozialhilfe hier verletzt wird, als auch jede Menge von Arbeitnehmerrechten, wenn ich mal davon ausgehe, das seien Arbeitsverhältnisse, die hier angeboten werden. Ich meine das Recht auf angemessenen Lohn, auf sonstige Arbeitnehmerrechte und Persönlichkeitsrechte.

Diese beiden Seiten lassen Sie mich bitte kurz skizzieren, und da bleibe ich auch bei der Kritik, die ich geschrieben habe. Ich habe eine kurze Kritik im "arbeitsdruck" veröffentlicht, die haben viele von Ihnen vielleicht gelesen. Die längere, die ich damals im "Info also", Heft 4, 1999 mit den entsprechenden Anmerkungen veröffentlichen konnte, ist mir die wichtigere, weil ich da ausführlicher argumentieren konnte und weil ich glaube, dass es ein Gebiet ist, in dem man argumentieren und sich auseinandersetzen muss und in dem man nicht mit einigen wenigen Parolen zu den richtigen Schlüssen kommt.

Ich wollte zunächst die Sozialhilfeseite des Projekts deutlich machen, wo ich sage, hier geht's mir zu weit im Abbau von Rechten. Zunächst was diese jungen Maßnahmeteilnehmer angeht: wenn die mit 16, 17 oder 18 Jahren Sozialhilfe beziehen, dann in erster Linie, weil ihre Eltern bisher nicht genügend Geld hatten, um sie zu unterstützen, und Sozialhilfe beziehen und nicht weil die Gründe für den Bezug bei ihnen liegen müssen. Jeder Sozialhilfeträger hat selbstverständlich das Recht, von allen, die Sozialhilfe beziehen, zu verlangen, dass sie so gut es geht auch ihre Arbeitskraft einsetzen. Das hab ich nie bezweifelt, und da ist auch für mich bis heute kein Problem.

Aber, und jetzt komme ich zu meiner Kritik, und ich möchte sie relativ scharf formulieren, damit klar wird, worum es geht. Wenn es um Mitwirkungspflichten in der Sozialhilfe geht, bedeutet das nicht, dass man praktisch junge Arbeitslose schon mal vorsorglich und zwar zusammen mit ihren Familien aushungert, (das ist es nämlich, wenn Sie keine Sozialhilfe mehr auszahlen), um sie dann in eine Maßnahme zu drängen, die man völlig exklusiv - positiv betrachtet-, aber auch diskriminierend - negativ betrachtet - nur für sie eingerichtet hat und zwar nur um ihnen keine Sozialhilfe zahlen zu müssen. Das ist der erste Punkt, wo ich sage, das halte ich für einen sehr schlechten Zusammenhang.

Diese Anweisungen und Richtlinien, die werden ja alle nicht veröffentlicht. Ich hatte zufälligerweise die aus Köln, deswegen habe ich mich in meiner Kritik zunächst auf Köln beschränkt. Ich weiß, dass es das woanders auch gibt und ich denke, man müsste das auch aus anderen Städten kennenlernen.

Also, diese Anweisungen, an diese jungen Erwachsenen überhaupt nichts mehr auszuzahlen, wenn sie sich nicht umgehend ganz bestimmten Angeboten unterwerfen, gleichzeitig ihren Familien den Mietanteil zu kürzen und die Familien praktisch zu zwingen, von ihrer Sozialhilfe dieses junge Familienmitglied sozusagen noch durchzufüttern, wenn sie es nicht verhungern lassen wollen, das schafft einen Zwangszusammenhang und zwar nicht nur für den, dem sie kein Geld mehr zahlen, sondern für den ganzen Rest der Familie auch noch. Dieser Zusammenhang entwertet die Angebote, die Sie dann als Hilfe anbieten. Hilfe kann man nur relativ freiwillig annehmen. Wenn Sie die ganze Familie innerhalb von zwei Monaten an den Rand des Verhungerns bringen oder in die Überschuldung, dann haben sie einen materiellen Zwang ausgeübt, der mir ein bisschen zu weit geht.

Außerdem, wenn sich weder die Jugendlichen noch ihre Familien mehr wehren und entsprechend artikulieren können, haben sie auch eine Tendenz, dass die angebotenen Maßnahmen naturwüchsig immer schlechter werden können, weil sie es ja mit Leuten zu tun haben, die völlig hilflos sind, die völlig entrechtet sind. Und deswegen ist mir dieser Rechtsanspruch auf Sozialhilfe und auf Auszahlung der

Geldleistung - und erst danach das Bestehen auf bestimmten Mitwirkungspflichten - sehr wichtig, und er bedeutet nicht, wie Sie, Herr Schwendy, kürzlich mal geschrieben haben, dass die Bürger eingeladen werden, auf Kosten des Staates sich jeglicher Verpflichtungen zum Lernen und Arbeiten zu entziehen. Das ist überhaupt nicht meine Auffassung. Dieser Rechtsanspruch ist nur deswegen erfunden worden, damit die Menschen nicht Objekte von Behörden und vom Staat und nicht Gegenstände staatlichen Handelns werden und zwischen Staat und Unternehmen wie Spielfiguren hin- und hergeschoben werden.

Ein vergleichbares Projekt etwa in Oberhausen wird ja auch schon mit Monopoly-Regeln, "Gehe zurück auf Los" und Ähnlichem beschrieben. Das halte ich nicht für menschenwürdig. Und ich denke, dass es, nachdem dieser Probelauf hier inzwischen politisch sehr großen Erfolg hat, durchaus dahin kommen kann, dass unser Sozialhilferecht zugunsten eines allgemeinen Arbeitsdienstes für Sozialhilfeempfänger abgeschafft wird. Ganz viele Tendenzen gehen dahin, und das würde ich für falsch halten. Ich halte an diesem Rechtssystem sehr vieles für gut, weil es die Menschen doch etwas unabhängig macht. Das ist das eine, das hat zunächst überhaupt nichts mit den Beschäftigungsträgern zu tun.

Das zweite aber ist die arbeitsrechtliche Seite. Wenn ich davon ausgehe, das seien Arbeitsverhältnisse, die den Menschen hier angeboten werden, dann sage ich immer, wenn schon, dann bitte zu normalen oder fairen Arbeitsbedingungen. Und selbst bei dem Begriff: "fair" redet man ja heute schon wieder aneinander vorbei, weil diese Begriffe verdreht werden. Also zum Beispiel: 5.- oder 6.- Mark netto die Stunde ist für mich keine faire Arbeitsbedingung, sondern der absolute Hungerlohn, von dem ich hoffe, dass wir noch lange Zeit verhindern können, dass so etwas in Deutschland wieder kommt. Und ich meine mit normalen Arbeitsbedingungen eine einigermaßen tarifliche, leistungsgerechte Entlohnung und vor allen Dingen auch einen Einfluss auf die Auswahl der Arbeitsstelle, etwas frei wählen zu können, zumindest zunächst frei suchen zu können, bevor man etwas Vorgefertigtes vorgesetzt bekommt und auch alle Arbeitnehmerrechte. Da habe ich meine Kritik ja zusammengefasst.

Ich denke, dass Sie die grundlegenden Arbeitsrechte weitestgehend außer Kraft setzen. Sie haben im Vertrag keine klaren Umschreibungen der Arbeitsverpflichtungen. Da wird man praktisch der Willkür seines Unternehmens ausgeliefert, und das ist nicht besonders glücklich, auch für die Entwicklung der Jugendlichen nicht. Meines Erachtens findet auch eine unzulässige Ausforschung der Persönlichkeit statt. Ich bin sehr dafür, dass man sich intensiv mit jemand auseinandersetzt wenn man ihm Hilfe anbieten will, aber in einem aufgezwungenen Arbeitsverhältnis halte ich diese intimen Befragungen für doch sehr problematisch. Ich befürchte auch, dass da persönliche Daten weit und wild hin- und herfließen.

Dann das Recht auf Freistellung zu bestimmten Tätigkeiten, das behaupten sie zwar, haben es aber nicht im Arbeitsvertrag verankert. Damals, als ich geschrieben habe, hab ich noch ein bisschen gemäkelt, dass Sie das mit der Lohnfortzahlung nicht ganz so ernst nehmen. Das ist inzwischen schlimmer geworden. Wenn ich das richtig sehe, haben die Beschäftigten überhaupt kein Recht auf freie Arztwahl mehr, sondern müssen alle zum Gesundheitsamt, weil sie sich so viel krank gemeldet haben. Klar, würde jeder Unternehmer auch gerne machen, da brauchen wir noch ein größeres Gesundheitsamt !

Ich denke, dass es auch einen angemessenen, leistungsgerechten Lohn geben müsste und zwischen 550.- DM und 850.-DM, um die 6.- Mark die Stunde herum, jeweils netto, halte ich, wenn wirklich gearbeitet wird, für keinen angemessenen Lohn. Ich habe auch mal eine Vergleichsrechnung aufgemacht: wie viel Sozialhilfe würde denn einem Arbeitnehmer mit einem entsprechenden Lohn zustehen und bin da auf ergänzende Zahlungen von zwischen 100.- und 290.- Mark pro Monat gekommen, je nachdem, welchen Freibetrag ich zugrunde gelegt habe, oder ob ich eine Mehraufwandsentschädigungspflichtige Tätigkeit daneben gestellt habe. Um diese Gelder werden die Jugendlichen auch geprellt. Selbst nachdem die Stadt Köln im Moment den Prozess um den niedrigen Erwerbstätigenfreibetrag, den sie ansetzt, verloren hat sind die Jugendlichen, wie ich vermute, nicht darüber beraten worden, dass sie ergänzende Sozialhilfe beantragen und beziehen können.

Wenn man das Ganze als eine neue Form von Arbeitsdienst für Menschen, die keine andere Beschäftigung finden, betrachtet, dann muss man anders diskutieren. Etwa wenn ich mich mit Beschäftigungsverhältnissen von Gefangenen beschäftige, was ja ein besonderes Gewaltverhältnis ist, da muss ich natürlich viele Abstriche hinnehmen, weil das andere Begründungen hat. Wenn das hier aber noch ein normales Arbeitsverhältnis sein soll, kann ich nur sagen, das geht zu weit. Wenn es allerdings um die Einführung eines Arbeitsdienstes gehen soll für alle Arbeitslosen, damit die Statistiken endlich ein bisschen besser aussehen, dann würde ich gerne in einem anderen Zusammenhang darüber diskutieren, aber nicht mehr um die Frage, ob man irgendwelchen Jugendlichen hilft, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Vielen Dank.

Klaus Müller-Starmann

Ich denke, der erste Teil der Ausführungen richtete sich sehr eindeutig an das Sozialamt. Deshalb will ich Arndt Schwendy als nächstem das Wort erteilen.

Arndt Schwendy

Vorangestellt hat Frau Professor Spindler zwei Dinge, bei denen wir uns vielleicht sogar treffen: Erstens muss die Sozialhilfe als Existenzsicherung erhalten bleiben, zweitens muss die Praxis der Sozialhilfe menschenwürdig sein. So weit, so gut. Und nun zu den Differenzen:

- Ist das eine menschenwürdige Sozialhilfepraxis, die jungen Menschen, die nach der Schule oder nach irgendwelchen anderen Ereignissen keine Arbeit haben und in ihrer Existenznot zum Sozialamt gehen, Sozialhilfe zahlt -und das war's dann? Und was ist daran menschenwürdig - auch im Sinne von „ernst nehmen“ - wenn man die Sozialhilfeakte für diese Jugendlichen aufmacht und danach höchstens noch für sie, also stellvertretend, versucht, sie wieder aus der Sozialhilfe rauszukriegen? Ich beantworte die rhetorische Frage und sage Ihnen: Nein, das ist weder menschenwürdig noch verantwortungsbewusst, noch auf Partizipation ausgerichtet, sondern dieses ist praktisch, ich nenne das jetzt mal überspitzt, Verführung Minderjähriger zu staatlich subventioniertem Nichtstun. Etliche dieser jungen Leute sind seit Jahren in der Sozialhilfe -durchschnittliche Verweildauer von 4,5 Jahren -und haben ganze Serien von abgebrochenen "Maßnahmen" nach der geschilderten Praxis hinter sich, die gescheitert sind. Weil eben der Prozess, der alle anderen Menschen zur Arbeit motiviert, der sanfte Druck, der verbunden ist mit der Botschaft "du musst auf deine eigenen Beine kommen und musst für deine Existenz selber sor-

gen", dieser mühsame Kampf, den jedes Elternhaus mit seinen Kindern monate- und jahrelang durchficht, dieser Prozess wird unterlaufen durch diese Art der Sozialhilfepraxis. Er führt eben in manchen Fällen dazu, dass arbeitsfähige junge Leute diesen "Stress" ablehnen. Und dieser sich gegen das Wohl dieser jungen Leute richtende Praxis haben wir ein Ende gesetzt.

- Der Vorwurf, das primäre Ziel der Stadt dabei wäre, Geld zu sparen (was im Übrigen ist eigentlich falsch an dem Ziel, sparsam mit öffentlichem Geld umzugehen?), ist insofern haltlos, als wir den jungen Leuten deutlich mehr Geld geben, als wenn wir sie mit der üblichen Art von Sozialhilfe abspeisten. Außerdem tut das Arbeitsamt da ja auch noch seinen Teil dazu, indem es diese Maßnahme finanziert.
- Nun zum Vorwurf der "Ausbeutung" und dem Billiglohn von 5, 6 DM Lohn: Es handelt sich hier - wie wir ja auch mit der ÖTV besprochen und geklärt haben - formal eben nicht um ein übliches arbeitsrechtliches Verhältnis, sondern ist ein Verhältnis, wie ich es habe, wenn ich eine Fördermaßnahme beim Arbeitsamt mache, sei es als Behinderter oder Nichtbehinderter. Die Teilnehmenden sind so gut gestellt, in der Regel sogar besser, wie Leute im ersten Lehrjahr. Sie machen ein Praktikum, das eben genau nicht ein Dauerarbeitsverhältnis ist, sondern es ist eine Maßnahme, gekennzeichnet durch den originellen Begriff "Sprungbrett", der die zeitliche und inhaltliche Lücke zwischen dem Bekanntwerden eines sozialhilferechtlichen Bedarfs, den wir ja nicht bestreiten, sondern zehn Mal unterstreichen und auch abklären, und der Möglichkeit des Beginns einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder einer vorgeschalteten Maßnahme vom Arbeitsamt überbrücken soll. Und da haben wir früher, als wir hier in Kalk anfangen, gedacht, das dauert ein Jahr; dann haben wir nach einer Weile konstatiert, dass es kalkulatorisch nur ein halbes Jahr dauert; und jetzt haben wir festgestellt, wenn man die Systeme der beiden Amtsbereiche Sozialamt und Arbeitsamt operativ so dicht zusammenführt, wie wir das jetzt in Köln machen, dann braucht es im Schnitt nur drei Monate, um diese Wartezeit zu überbrücken.
- Und in diesen drei Monaten passiert enorm viel mit den Teilnehmenden: Sie lernen, ich muss aufstehen morgens, muss irgendwo hingehen, und dann kriege ich meine Brötchen, und ich muss mich eben mit den Regeln der Arbeitswelt vertraut machen. Diese Grundkompetenzen, die Sie eben so beklatscht haben, als sie aus den Niederlanden hier geschildert wurden, sind es, die in dieser Zeit aufgebaut und sinnlich erfahrbar werden. Wenn wir darauf verzichteten, was würden die Leute dann in den drei Monaten lernen? Sie würden lernen, wie man möglichst jeden zweiten Tag in unseren neun Sozialämtern vorspricht und sich daran gewöhnt, wie man, wie oft auch schon die Eltern in der zweiten und dritten Generation, Sozialhilfeempfänger in Köln wird. Und wir haben, das ist ein Problem aller großen Städte, mangels besserer Hilfeansätze in den vorausgegangenen 20 Jahren natürlich richtige Dynastien, wo die jungen Leute nichts anderes lernen als das. Und darüber kann jeder Lehrer von Hauptschulen erzählen, wenn er mit bestimmten jungen Leuten zum Schulende über die Perspektiven spricht. Nicht selten lautet dann die ganz selbstverständliche Antwort: "Wieso, was ich werde? Ich mache dasselbe wie mein Bruder, mein Papa und mein Onkel, ich gehe zum Sozialamt, und dann versuche ich, dass ich nebenbei noch ein bisschen anschaffe." Dem wollen wir entgegenwirken: Wir nehmen das BSHG ernst, nach dem kein Anspruch auf Sozialhilfe für Menschen besteht, die die Möglichkeit haben, sich ihr Geld selbst zu verdienen.

Und damit das geht, schaffen wir ihnen als Kommune, wie es das BSHG auch vorschreibt, diese Alternative. Vor diesem Hintergrund suche ich vergeblich den Punkt, wo hier Recht, Arbeitsrecht und Menschenwürde verletzt sind.

- Ich will natürlich gerne konstatieren, dass das passieren kann. Deshalb sind wir sehr behutsam und gründlich an diesen ganzen Prozess herangegangen. In dreijährigen Diskussionsprozessen, amtsintern, ämterübergreifend wurden die bisherigen Erfahrungen ausgewertet und der neue Ansatz entwickelt. In haarigen und dennoch konstruktiven Auseinandersetzungen mit den Trägern, die sich darauf eingelassen haben, ohne vor der Stadt zu kuschen oder ihr gutes pädagogisches Gewissen am Eingang abzugeben, Standards durchgesetzt, die wir versuchen einzuhalten. Dabei herausgekommen ist alles andere als eine "Billigverantwortung". Die Sozialhilfe ist wie ein Medikament: Es ist prima in der echten Notlage, aber man beachte die Nebenwirkungen und gucke in den Beipackzettel; und in dem Beipackzettel steht drin, dass ein fremdbestimmtes Leben in Passivität und ohne Perspektive daraus werden kann, wenn ich Leute einfach in die Sozialhilfe stecke. Kerngedanke dieses Systems aber ist es, dass Notlagen überbrückt werden müssen, und nicht etwa verstetigt.

Klaus Müller-Starmann

Thomas Münch, aus der nahen Sicht Kölns, ist ihre Kritik an den Projekten nicht wesentlich weniger hart gewesen als die von Frau Dr. Spindler?

Thomas Münch

Das stimmt. Ich fand den Herrn Schwendy gerade in seinen Aussagen doch sehr erhellend. So spricht er, ich zitiere, von der leichtfertigen, alternativlosen Gewährung von Sozialhilfe, die man mit einem Medikament vergleichen kann, welches Nebenwirkungen hat. Ich will ihnen das nochmals ins Gedächtnis rufen, wir reden über einen Rechtsanspruch. Also wir reden nicht über ein Medikament, sondern wir reden über einen Rechtsanspruch, und einen Rechtsanspruch kann man nicht leichtfertig gewähren; entweder ist er existent, der Rechtsanspruch, oder nicht.

Herr Schwendy hatte da aber noch eine weitere rhetorische Klemme, die ich auch ganz interessant finde, nämlich die Frage der Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Wenn wir uns das in der Entstehungsgeschichte mal betrachten, ist die Sozialhilfe ja genau deswegen entstanden, um Abhängigkeiten von irgendwelchen fremden Mächten, Betrieben, Unternehmern, Familienmitglieder, Zuhältern oder wen auch immer zu vermeiden. Das heißt, jetzt plötzlich die Hilfen, die Hilfestellung die das BSHG bietet, um Abhängigkeit zu vermeiden, plötzlich als Abhängigkeit von Sozialhilfe umzudefinieren, ist vor allen Dingen auch angesichts der empirischen Lage -die wir z.B. durch die dynamischen Armutsforschungen aus dem Bremer Sonderforschungsbereich haben - schon etwas, wie ich finde, waghalsig. Das gleiche trifft natürlich für die Sozialhilfedynastien zu. Und ich denke, der letzte Satz, das muss man sich auch mal so auf der Zunge zergehen lassen.

Warnfried Dettling hat das mal gesagt - Warnfried Dettling, sie kennen ihn bestimmt, der ehemalige Redenschreiber von Helmut Kohl -er spricht von der Fiktion der jungen Männer, die als lebendige Zeitbomben durch die Straßen rennen. Das heißt,

hier gibt's .auch so einen ganz interessanten sozialpsychologischen Aspekt, dass man eine Vision, eine Fiktion erstellt, die mit der proletarischen männlichen Jugend zu tun hat und die auf einmal plötzlich sehr negativ konnotiert wird. Ich meine, es wäre mal hier interessant zu untersuchen, was die Akteure, die solche Fiktionen hier entwickeln, in ihrer früheren sozialen Entwicklungsgeschichten für eine Position zu dieser proletarischen Jugend an einem gewissen Punkt angezeigt haben. Aber das sei mal so nebenan gestellt. Man kann das ein bisschen freudianisch erklären, die Liebe zum Objekt ist hier in den Hass umgeschlagen, ich finde das interessant.

Ich frag mich natürlich immer als jemand, der im Arbeitslosenzentrum arbeitet und tagtäglich mit Menschen zu tun hat, die Arbeit suchen; wie man denn vor einem Arbeitsmarkt, wie wir ihn in Köln haben, der nun nicht ein Arbeitsmarkt ist mit seinen Zahlen wie ich sie gerade aus Pforzheim gehört hab, (4 Prozent), sondern wir haben hier wirklich einen ganz problematischen Arbeitsmarkt, wir haben massiven Arbeitsplatzfehlbedarf auf Grund eines geradezu klassischen Strukturwandels, wie man vor solch einem Hintergrund massiver struktureller Arbeitslosigkeit in dem lokalen Arbeitsmarkt eigentlich solche Kampagnen entwickeln kann, die mit Druck versuchen, Menschen in Arbeit zu bringen, wo ja gar keine Arbeit ist. Wie kann man das erklären. Man kann es vielleicht noch mal psychologisch mit der kognitiven Dissonanz erklären, sie kennen das, man will was nicht wahrhaben, was nicht sein kann; aber ich glaube, das ist keine hinreichende Erklärung. Ich denke, wenn man sich das ein bisschen struktureller anschaut. sie kennen das ja, unser Kanzler sagt ja immer "Basta, so wird das gemacht" -dass vor dem Hintergrund einer globalisierenden Ökonomie plötzlich die lokalen Politiker merken, wir haben immer weniger Handlungskompetenzen. Dann entwickelt man so etwas wie "Der schöne Schein des Pragmatischen", man entwickelt so eine angebliche pragmatische Politik, die aber letztendlich ein Surrogat ist.

Das ist natürlich eine ganz spezifische sozialdemokratische Vision, hier vor diesem globalisierten Hintergrund einen fiktiven starken Staat entstehen zu lassen. Dieser starke Staat ist natürlich ein strafender Staat, also ein Staat, der mit Sanktionen arbeitet. Das ist eine alte, etatistische und linke Geschichte, die wir immer schon in diesem Land erfahren haben. Es gab ja mal in den letzten 20 Jahren politische Strömungen, die gerade versucht haben, gegen so eine etatistische Strömung nach dem Motto, "der Staat wird's schon alles regeln", auch so etwas wie eine zivilgesellschaftliche Position entgegenzustellen. Von daher wunderte es mich sehr, dass auf einmal die Opfer der wirtschaftlichen Strukturkrisen zu Tätern umbenannt werden sollen nach dem Motto "nur mit Druck kann man dich dazu kriegen, jetzt einen Arbeitsplatz zu finden". Ich halte so eine Position, die man mit dem Stichwort anti modern oder "Neue Staatlichkeit" belegen kann, letztendlich ganz einfach prämodern und anti modern. Deswegen fand ich auch gerade die Bemerkung von Herrn Schwendy mit der Abhängigkeit, ein Musterbeispiel für eine Art "Orwellschen New.Speak" , also die Mittel die die Abhängigkeit verhindern sollten, werden dann auf einmal zur Abhängigkeit umdefiniert.

Sie erlauben mir noch zwei Bemerkungen zur Fachlichkeit. Also, wenn man sich das so anschaut, gibt's ja hier ganz interessante Phänomene, das "Blame-the-victim-Syndrom"; und wenn wir feststellen was unter diesem alten aus den 60er Jahren bekannten Label liegt, also das Etikettieren. Man etikettiert auf einmal Menschen zu Tätern, zu Verursachern ihrer eigenen Lebenssituation, man stigmatisiert sie zu Tätern und .auch zu Minderheiten, und was mich dann ganz amüsiert -immer noch -

wenn man die entsprechenden Papiere liest, wenn man sich das vor - ich bin gelernter Erziehungswissenschaftler - diesem Hintergrund noch anschaut, es gibt also dann wirklich eine schwarze Pädagogik - anders kann man das schon gar nicht nennen –eine schwarze Pädagogik statt gezielter Anreize. Das finde ich schon ganz interessant.

Vielleicht zum Schluss einen Hinweis, den ich ganz spannend fand, der ist nicht von mir, der ist von Achim Trube, sie kennen ihn vielleicht, er arbeitet an der Uni Siegen genau zu diesem Thema und er war früher mal mein Kollege im Arbeitslosenzentrum in Düsseldorf. Er hat darauf hingewiesen, dass gelungene soziale Dienstleistungen immer Koproduktionen zwischen beiden Akteuren sein müssen. Das heißt, wenn es hier misslungene Produktionen gibt in diesem Bereich der Produktion von Wohlfahrt, über die wir heute diskutieren, dann muss man doch bitte auch hinschauen, was ist denn auf unserer Seite, auf der fachlichen Seite, was sind hier denn für Fehler gemacht worden, und nicht dann direkt, sag ich mal, die Verursachung bei den Opfern suchen und dann entsprechende Strategien entwickeln. Soweit erst mal ein bisschen eher theoretischer Exkurs.

Klaus Müller-Starmann:

Ich verlasse jetzt die klassische Abfolge und würde einfach den Kollegen Grüner aus Oldenburg, etwas weiter weg von Köln, darum bitten, auch dort ist ja eine grundsätzliche Kritik an diesem Programm geäußert worden, seinen Teil zu dieser Diskussion beizutragen.

Guido Grüner:

Mitglieder der Redaktion der Erwerbslosenzeitung Quer, die nicht gesponsert ist vom Arbeitsamt, sondern finanziert von den LeserInnen.

Wir befassen uns üblicherweise mit den gesellschaftlich unbequemen Wahrheiten zu Armut und Arbeitslosigkeit. Und diese unbequemen Wahrheiten haben meist eines gemeinsam: Sie sind ein wenig komplizierter als die häufig vereinfachenden Erklärungsansätze zu bestimmten Problemen.

Wo über Jugend, Jugendarbeitslosigkeit, "Sozialhilfekarrieren" und ähnliches geredet werden soll, will ich versuchen, den Blick auf weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen dieser Debatte zu lenken. Am Ende komme ich zu der Frage nach der Glaubhaftigkeit von Angeboten für Jugendliche, ihrer Attraktivität und dem Ernst, mit dem sie von Seiten der 'Projektmanager' und der Projektmitarbeiter betrieben werden. Und wenn nicht nur die Jugendlichen selber fixiert werden, sondern das gesellschaftliche Umgehen mit Arbeitslosigkeit selbst, verschwindet das scheinbar allein auf Seiten der Jugendlichen liegende Problem.

I.

Jugendberufsförderung und -maßnahmen werden organisiert unter der Bedingung der Massenerwerbslosigkeit. Oder anders: Wenn wir genug Lehrstellen hätten, hätten wir das ganze Problem nicht, über das wir hier reden würden.

Diese Massenerwerbslosigkeit ist für uns Erwerbslose in der Bundesrepublik seit 20 Jahren (quantitativ) ziemlich unverändert geblieben. Statistiker würden mich vielleicht 'prügeln', aber als Erwerbsloser ist es mir ziemlich egal, ob ich einer von 2 Millionen, von 1,9 Millionen oder von 3,5 Millionen bin; ich bin erwerbslos, und ich bin das nicht allein.

Was sich im Laufe der Jahre jedoch geändert hat, ist die Umgehensweise mit Massenarbeitslosigkeit.

Als in den 80er Jahren Werften, Stahl, Bergbau dichtgemacht wurden, hier in Nordrhein-Westfalen nicht zu vergessen die zwar quasi unbemerkt (doch in riesigen Zahlen!) rausgeschmissen Textilarbeiterinnen, da hat niemand wirklich über "die Arbeitslosen" gemäkelt. Da war klar: Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftliches Problem. Die Werften in den "Tigerstaaten" waren einfach produktiver und billiger...“ Die Arbeitslosen selbst wurden erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aufs Korn genommen. Da hieß es plötzlich, "die sind zu anspruchsvoll", "zu unflexibel", "zu unqualifiziert". Und egal, was man ihnen vorgeworfen hat, sie waren immer eines: selbst Schuld an ihrer Misere. Dieser Perspektivenwechsel schadet noch heute, weil diese .Zuspitzung auf die Erwerbslosen selber den Blick ablenkt von den eigentlichen Ursachen. (Was jedoch nicht missverstanden werden soll als Aufforderung, Arbeitslose einfach aus dem Blick zu verlieren)

II.

Seit 1989/ 90 wurde Massenerwerbslosigkeit zum Phänomen der Übernahme der DDR gemacht, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wurden zum erfolgreichsten Instrument eines begleitenden gesellschaftlichen Krisenmanagements. Das hat Spuren hinterlassen. Beschäftigungsmaßnahmen wurden zunehmend entwertet: Statt Berufserfahrung und berufliche Qualifikation wurden sie zum Gnadenbrot. Inzwischen ist es ein Akt der Gnade, zumindest befristet "dabei sein zu dürfen", überhaupt noch mal "arbeiten zu dürfen", und wer in den letzten Jahren eine ABM hatte, der hat das am Lohn gespürt. Auch das Bundesarbeitsgericht sagte schlussendlich, 'Arbeitslose dürfen geringer bezahlt werden, weil es gar nicht so sehr um entlohnte Leistung geht, sondern um das Eigeninteresse von Arbeitslosen zu arbeiten'.

Zugleich gehen Qualitätsanforderungen an Arbeit verloren, Beschäftigung von Erwerbslosen wird zu unterwertiger Tätigkeit. Diese Entwicklung erweist sich heute als Vorbereitung auf aktuell gehandelte Lösungen des "Beschäftigungsproblems": Billiglohnssektoren, einfache Tätigkeiten, Dienstleistungen...“

III.

Dieser Schritt zur Schleifung von Arbeitsstandards ist heute auch schon Geschichte. Wie sieht heute der Umgang mit Massenerwerbslosigkeit aus? Heute fallen in der Diskussion um Massenerwerbslosigkeit Stichwörter wie "einfache Dienstleistung" und "Dienstleistungsgesellschaft als Jobmotor". Und das ist interessant. Denn damit gewinnt die Dekadenz dieser 'Gesellschaft der Reichen' die argumentative Hoheit über Arbeitsmarktpolitik. Vielleicht ist das erläuterungsbedürftig. Sehr klar ist - und das wissen eigentlich alle - die durchschnittliche Arbeitsproduktivität wächst stetig. Was damit aber nicht einher geht, ist, dass der Anteil unseres eigenen Einkommens, des Masseneinkommens, mit der Arbeitsproduktivität nicht Schritt hält. Die Schere zwischen Einkommen und Leistung geht auseinander (...und dann noch sinkende Renten und ähnliche Beiträge zu sinkender Massenkaufkraft...).

Ergebnis sind Entlassungen, weil nicht genug gekauft werden kann. Anders ausgedrückt, immer weniger Leute reichen aus, die absetzbaren Güter herzustellen. Und jetzt wird als Weg, die Massenerwerbslosigkeit zu bekämpfen, der Ausbau privater,

einfacher Dienstleistungen propagiert. Warum? Ganz klar: Diese Dienstleister finanziere nicht ich aus meiner Arbeitslosenhilfe; die sollen aus den Unternehmensgewinnen und Spitzengehältern finanziert werden, und dafür muss an der Massenkaukraft, also an der Verteilungsfrage, gar nichts geändert werden. Sondern ganz bestimmte Leute können sich ihre Dienstmädchen, Gärtner, Kindermädchen leisten.

Das nenne ich dekadent. Und die Dekadenz wird auf die Spitze getrieben, indem gleichzeitig öffentliche Dienstleistungen -also solche, die allen offen sind -zusammengestrichen werden. Das moderne Stichwort "schlanker Staat" bedeutet nichts anderes, als das, was einst allen offen ist oder einst offen war (Verkehr, Bahn, diverse Angebote in Kommunen, Bildung, Gesundheitswesen ...) einzuschränken. Und gestern brachte der Arbeitgeberfunktionär Dieter Hundt noch den glorreichen Vorschlag, auch die Leistungen der Pflegeversicherung zusammenzustreichen und das Pflegerisiko verstärkt privat tragen zu lassen !

Das läuft darauf hinaus, statt allgemein finanzierter und zugänglicher Dienstleistungen, die heutigen Erwerbslosen dazu zu bringen, den Reichen ihren privaten Servicebedarf für 'nen Appel und 'nen Ei' zu decken. Und das ist wirklich dekadent!

Die nicht dekadente Variante des Umgehens mit Erwerbslosigkeit wäre, die ganze Gesellschaft an der Produktivitätssteigerung teilhaben zu lassen: über Steuern und einen daraus finanzierten und erweiterten Öffentlichen Dienst. Denn dann können alle Dienstleistungen beanspruchen; damit könnte Maßgebliches gegen die Massenerwerbslosigkeit getan werden statt auf dieses merkwürdige Gleis privater Dienstleistungen zu fahren.

IV.

Nun zu Jugendlichen und Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche. Gerade Beschäftigungsprojekte für Jugendliche fahren jede Menge Maßnahmen im Bereich "Dienstleistung"; darin finden sich speziell Jugendliche, die keine andere Chance kriegen. Aber warum nimmt man sich hierfür gerade Jugendliche?

Jugendliche haben 'gewisse Vorteile'. Sie sind 'unverdorben' von besser bezahlten Jobs; sie nehmen das Gebotene hin, denn ihnen bleibt keine andere Wahl. Und es fehlen ihnen einige Schlüsselqualifikationen. In der "Fachdebatte" fallen dann Stichworte wie "Employability". Einfach übersetzt soll das wohl heißen 'Anstellbarkeit', 'Beschäftigbarkeit'. Anders gesagt, sie müssen nett, pünktlich, sauber und ein bisschen zuverlässig sein, doch nicht sonderlich qualifiziert.

Die klare Perspektive, geradewegs im Dienstleistungsbereich für die Wohlverdienenden zu landen, ist dann ein Problem, das auch viele Jugendliche für sich sehen. Denn sie werden die gering verdienenden, armen Dienstleister einer reichen Gesellschaft sein - und wie attraktiv ist das? Und wenn heute auf dieser Tagung um Zahlen gestritten wurde -ob 30 oder 50 Prozent der Jugendlichen nicht beim Maßnahmenträger angekommen sind, zu dem sie das Sozialamt geschickt hat -, dann wird diese dürftige Perspektive ein wesentlicher Grund für den zwischenzeitlichen 'Schwund' sein.

Zum Schluss noch zwei Beispiele zu der Frage, was Jugendliche eigentlich von der

Arbeitswelt erwarten und was Sie in solchen Maßnahmen erwartet?

Letztens war ein Jugendlicher im Oldenburger Arbeitslosenzentrum. Ihm war die Sozialhilfe zusammengestrichen worden. Wie kam es dazu? Er hatte von JUMP gehört, "Jugend mit Perspektive". 'Geil', hat er sich gedacht, ist zum Arbeitsamt gegangen und hat dort gesagt, ich will 'ne Stelle. Doch vom Arbeitsamt wurde ihm gesagt: Nee, haben wir nicht, aber wir haben diese und jene Trainingsmaßnahme, Vorbereitungsmaßnahme...'. Da ist er ziemlich sauer wieder abgezischt und hat ein paar Tage später den Bescheid über die gekürzte Sozialhilfe bekommen. So kam er in die Beratung und sagte, 'was soll denn das, das ist doch alles Verarschung, ich will 'ne Lehrstelle haben'. Feststellung: Zwischen Maßnahme und Lehrstelle besteht für viele Jugendliche durchaus ein Unterschied -und das darf nicht abgetan werden mit Aussagen wie, 'die sind doch gar nicht belehrbar'.

Zweite Geschichte zur Qualität solcher Maßnahmen für Jugendliche

Ein Bericht eines Lehrers, frisch eingestellt beim IB (nicht in Köln), besagt: Vor der Übernahme der Lerngruppe bekam er einen knapp dreiseitigen, groß und handschriftlich verfassten Bericht zur Lerngruppe in die Hand gedrückt. Dieser enthielt zwar ziemlich viele geringschätzende Bemerkungen über die 13 Jugendlichen, doch nichts zu Lehrstoff und Lernentwicklung. In der weiteren Arbeit gab es weitere Beispiele für die Geringschätzung der Jugendlichen durch die Ausbilder.

So arbeitete er mit der Gruppe angehender Maurer zum Thema

Bauzeichnen/Volumenberechnung. Als er Arbeitsblätter zu diesem Thema offen im Lehrerzimmer liegen ließ, sagten Kollegen, 'das können sie bei den Hilfsschülern gleich vergessen' (er hatte jedoch mit genau diesem Material einige Tage vorher erfolgreich unterrichtet). Bleibt die Frage, inwieweit solche Maßnahmen ernsthaften Unterricht bieten oder lediglich Erfahrungen, die im Begriff des "Vermaßnahme" treffend zusammenlaufen.

Klaus Müller-Starmann:

Gut. Herr Fuß, das waren einige zum Teil harte Vorwürfe auch an die Arbeitsverwaltung. Sie haben relativ schnell nach Beginn entschieden, dass sich die Arbeitsverwaltung hier in Köln aktiv in diesen Prozess einschaltet, und Sie haben das ganz bestimmt nicht nur deshalb getan, weil das Sozialamt in Köln so nett ist.

Karl Peter Fuß;

Nein, deswegen habe ich das nicht getan. Ich bin allerdings jetzt etwas sprach- und ratlos. Ich weiß nicht! wie wir uns hier verständigen können. Deshalb verzichte ich auf einen theoretischen Überbau. Ich bin ein Praktiker, der hier vor Ort erfolgreich arbeiten will. Herr Grüner, Sie haben mir einiges beigebracht mit ihrem Vortrag. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Ich revanchiere mich mit einer Information. Köln hat einen ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt. Wir haben sogar mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. In Köln ist es kein Problem, jedem Jugendlichen, der will und kann, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Das als Information in den hohen Norden.

Lassen Sie mich aber noch zu meinem Ansatz etwas sagen. Der Kollege Schwendy hat die Situation aus der Sicht des BSHG betrachtet. Ich habe den Blickwinkel des SGB III. Wir reden hier im Grunde genommen mit vielen Arabesken über ein Projekt

in der Stadt, ein Projekt des Arbeitsamtes sowie des Sozial- und Jugendamtes, die „JobBörse Junges Köln“. Und ich ziehe mal eins einfach vor die Klammer: Die „Jobbörse Junges Köln“ ist ein erfolgreiches Projekt, Punkt. Ich messe das schlicht an einer Größenordnung: Als wir die „Jobbörse Junges Köln“ noch nicht hatten, zählten wir über 6000 Jugendliche in Köln, die keine Arbeit hatten, über 6000. Und zum Ende des Jahres, in dem wir die „JobBörse Junges Köln“ starteten, haben wir die Zahl auf 4131 gesenkt. Das ist für mich der Anlass, das Projekt weiterzumachen. Das ist der Ansatz, und wir verhelfen den jungen Leuten damit zu einem Start ins Berufsleben.

Herr Schwendy, Sie haben es eben gesagt, ich wiederhole es noch einmal: Es ist doch nichts schlimmer, als wenn ein junger Mensch ins Leben startet, ohne eine Chance, etwas Sinnvolles zu tun. Und, meine Damen und Herren, wenn ich hier das Wort Maßnahmekarrieren in den Mund nehme, dann weiß ich wovon ich rede. Wir wollen den Kreis durchbrechen, damit man einen vernünftigen Anfang macht. Und glauben Sie mir, wer sein Arbeitsleben mit dem Empfang einer Transferleistung beginnt, hat Probleme. Lassen sie mich mit einem Satz hier enden, den ich mir aufgeschrieben habe und den ich Ihnen vorlesen will. Der ist mir so wichtig, und das ist unser Handlungsauftrag in Köln. Ich meine, in der Politik der aktiven Wohlfahrt sollte man direkte Unterstützungszahlungen nur im Notfall leisten, und niemand sollte in den Genuss solcher Zahlungen kommen, wenn er ein Angebot zur Integration in den Arbeitsmarkt aus freien Stücken ausschlägt. Das ist der Handlungsauftrag, den wir haben. Und wir machen Angebote für die jungen Leute. Und, Frau Spindler, ich stimme mit Ihnen überhaupt nicht überein. Wir machen faire Angebote. Denn wenn unsere Angebote so himmelschreiend unrecht wären, dann hätten wir mit Sicherheit schon manchen Prozess verloren. Schönen Dank.

Klaus Müller-Starmann:

Herr Matzdorf, Köln versteht sich, was dieses Projekt angeht, als Modell. Sie sitzen für das in NRW zuständige Ministerium hier. Sehen sie modellhaften Charakter an dem, was in Köln passiert? Wo würden ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung, Veränderung, Verbesserung liegen?

Roland Matzdorf

Ich bin von der Ausbildung her Diplompädagoge und habe die ersten zehn Jahre meines Berufslebens unmittelbar mit schwerstvermittelbaren Jugendlichen in Oberhausen in einem Stadtteilprojekt gearbeitet. Seitdem mache ich aktive Arbeitsmarktpolitik, nur auf verschiedenen Ebenen, und habe mich irgendwann entschieden, auch ins Ministerium zu gehen, um auch mal zu schauen, was man von da aus machen kann. Ich will zum Ausgangspunkt nehmen die Einladung zur heutigen Veranstaltung, in der meines Erachtens völlig zurecht drin steht, Eigenverantwortung bei den Betroffenen, das halte ich für einen ganz wichtigen Begriff. Eigenverantwortung bei den Betroffenen zu stärken kann jedoch nicht primär über den Weg von Sanktionen gehen. Das unterschreiben alle am Tisch, da bin ich ganz sicher, wenn auch von unterschiedlicher Warte. Vielmehr muss die Befähigung zur Eigenverantwortung geschaffen werden und zwar als Prozess. Und es bedarf adäquater Angebote an Qualifizierung und Beschäftigung, die aus der Sackgasse Sozialhilfebezug herausführen.

Ich finde diese Philosophie völlig richtig, die dahinter steht, und will mir jetzt mal die Mühe machen, nicht von der rechtlichen Seite und auch nicht sofort von der praktischen Seite dieses Problem aufzudröseln, sondern eine Kategorie einführen, die meines Erachtens in dieser bisherigen Debatte zu kurz kommt, obwohl sie, glaube ich, subjektiv von allen gleich gemeint ist, nämlich die Frage der Menschenwürde. Und es hat mit Arbeitslosigkeit nur teilweise etwas zu tun. Auch wenn wir eine Arbeitslosigkeit von zwei Millionen hätten, was sich ja viele wünschen, hätten wir ganz ähnliche Probleme, über die wir heute reden müssten. Es ist keine Frage von vier oder drei oder zwei Millionen Arbeitslosen, es ist eine Frage auch von Sozialisation, von Milieus, in die wir mit den primären Systemen, Kindergarten und Schule, nicht mehr adäquat eingreifen, weil die Akteure dort, die Lehrerinnen und Lehrer zum Beispiel, die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, dramatisch überfordert sind. Sie können's überhaupt nicht schultern, sie leisten schon viel und Großartiges, aber sie können es gar nicht mehr verhindern, dass am Schluss die Leute z. T. sogar völlig desolat auf den Arbeitsmarkt drängen.

Und diesen Begriff Menschenbild, den würde ich ganz gerne jetzt einfach mal inhaltlich füllen über dieses Wechselbegriffspaar „Fördern und Fordern“. Dies meint nicht Zwang oder Unterdrückung bzw. gar „Aushungern“. Das ist Polemik aus meiner Sicht. Na ja gut, wenn sie mir hungernde Sozialhilfeempfänger zeigen, sozusagen Jugendliche, die hier in Köln auf Grund dieser Programme hungern müssen, ja, dann können wir darüber reden. Ich glaube nicht, dass sie viele Beispiele finden und wenn, dann haben sie oft andere Ursachen, die gar nichts mit den Arbeitsangeboten zu tun haben, sondern mit ganz schwierigen persönlichen Problemen.

Ich will mit dem Begriff Fördern beginnen. Wir haben das wohl überlegt im Ministerium, wie wir diesen Begriff füllen. Fördern bedeutet, man muss die Bedingungen schaffen, damit Menschenwürde gelebt wird. Fördern heißt, sie müssen ein breites, differenziertes Förderangebot schaffen vor Ort. Gibt es hier ein breites, differenziertes Förderangebot? Ich vermute ja, so wie ich Köln kenne aus den letzten Jahren, aber man kann das natürlich auch runterbrechen auf die Stadtteile, auf Erreichbarkeit.

Zweiter Punkt: Gibt es tatsächliche individuelle Zugangswege und Entwicklungswege? Also, Menschenwürde ist für mich, dass jemand individuell auch hierin seinen Weg finden kann und sich entwickeln kann, dass er nicht starr zugewiesen wird, du gehst dahin, wir haben gerade in einer Maßnahme noch was frei, friss oder stirb. Dritter Punkt: Gelingt es, zu jungen Menschen, über die wir reden und die in einer ganz wichtigen Lebensphase sind, ein persönliches Vertrauensverhältnis aufzubauen. Das halte ich für den Schlüsselbegriff überhaupt in dieser Frage. Die jungen Leute sind zurecht misstrauisch gegen die da oben, weil sie bisher die Verlierer waren in diesem System. Das ist so, das haben sie bereits im Kindergarten, oftmals auch in der Schule gemerkt, und die reagieren ja sehr realistisch, wenn sie sich in der siebten Klasse abmelden, weil sie merken, wir sind die Verlierer. Wenn sie in der Hauptschule, in der Sonderschule sind, dann gibt's relativ viele Verlierer.

Das ist leider so im Wettbewerb um die besten Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das heißt, sie haben Vertrauen verloren, und nur wenn es uns gelingt, dieses Vertrauensverhältnis wieder aufzubauen, schaffen wir neue Handlungsoptionen. Und da finde ich, leisten Beraterinnen und Berater, so wie ich sie kennengelernt habe,

größtenteils hervorragende Arbeit. Was wir aber nicht machen dürfen, und das tun wir oft, wir verteilen die auf vier Sozialarbeiter, sozusagen und da wird munter Ping Pong gespielt, und jeder ist im Stress, aber ein Vertrauensverhältnis wird nur sehr selten entstehen.

Vierter Punkt: Gibt es wirklich Chancen, sowohl die beruflich-fachliche, als auch die persönlich-soziale Kompetenz zu entwickeln? Das muss man hinterfragen, das muss man bei jeder Maßnahme hinterfragen. Findet hier so etwas wie Kompetenzentwicklung statt? Darauf muss man Maßnahmen abprüfen.

Fünfter und letzter Punkt: Gibt es tatsächlich eine adäquate pädagogische Flankierung und auch eine Krisenintervention, denn Krisen tauchen in schöner Regelmäßigkeit auf. Das sind die fünf Punkte, die wir dem Begriff Fördern unterlegen.

Jetzt zum Fordern, was ja immer sofort angegriffen und gegeißelt, wird, was für mich aber untrennbar, zu Fördern dazugehört. Fordern heißt für uns, ja wir wollen die Betroffenen aktivieren und mobilisieren. Dazu muss man sich bekennen. Wir gehen an dieser Stelle in der Tat von dem Prinzip der Freiwilligkeit ab, und ich halte es, das kann ich nicht verhehlen, für einen zynischen Begriff von Freiwilligkeit, wenn man sagt, ja die wissen ja, dass es die Angebote gibt, die werden schon kommen. Das ist aus dem Erlebnishorizont von Mittelschichtlern formuliert, die nicht wissen, in welchen Verhältnissen Leute leben. Ich will das nicht vertiefen, aber es geht darum, da finden Nachrichten, da finden lokale Austausche, wo es Ressourcen gibt, wo man sich entwickeln kann, gar nicht statt. Das Leben läuft da anders. Damit muss man sich dann auseinandersetzen.

Ja, aktivieren und mobilisieren, das heißt auch, dass man fordert an dieser Stelle. Zweitens: Und das halte ich wiederum als Gegenbegriff zum Vertrauen schaffen für das zentrale Kriterium. Wir müssen uns Zugangs- und Gesprächsmöglichkeiten mit den Betroffenen verschaffen. Wir müssen ins Gespräch kommen mit diesen Leuten. Da könnten wir ruhig 5 Millionen Arbeitslose haben, wenn uns das unter den Händen so wegbröckelt, dass wir 4 1/2 Jahre Leute in der Sozialhilfe im Durchschnitt haben und darunter womöglich noch junge Leute sind. Das hat mit Menschenwürde überhaupt nichts zu tun. Wer das als Privileg, als Freiheit oder als staatliche Grundsicherung verkauft, der ist der blanke Zyniker aus meiner Sicht. Es geht hier um Jugendliche und .wenn es uns nicht gelingt, frühzeitig ins Gespräch zu kommen, dieses Vertrauen aufzubauen, dann haben wir verloren und insbesondere die Menschen haben verloren. Das bedeutet, wir müssen uns den Zugang auch verschaffen. Ich bekenne mich dazu, und wir hatten eine massive Diskussion bei "Jugend in Arbeit" auf Landesebene, dass die Sozialpädagogen, die Sozialarbeiter hingehen müssen zu der Kundschaft.

Dritter Punkt: Wir müssen von den jungen Menschen verlangen, wenn dieses Vertrauensverhältnis aufgebaut ist, dass sie sich neuen Herausforderungen stellen. Der Berufshorizont ist so eingegrenzt, ihre Vorstellungen teilweise von Beruf und von Betrieb, die sind .so was von zufällig, ja, die sind geprägt von den sozialen Milieus; da ist es doch ein richtiger Schritt in Richtung Menschenwürde ist, wenn man denen mal einen ganz normalen Betrieb zeigt. Und ich rede ja nicht in der Theorie. Wir haben das gemacht, und wissen sie, was das Aha-Erlebnis war? Die fühlten sich dort, in diesem Betrieb z. T. wohler als in der Familie. Das war der Punkt, weil ihnen

da nämlich Anerkennung entgegengebracht wurde, weil ihnen da eine Strukturierung des Arbeitsalltags abverlangt wurde, weil sie Geld kriegten, und da ist die Höhe überhaupt nicht in erster Linie entscheidend, sondern wichtig ist, dass sie ernst genommen werden, dass jemand sie braucht.

Über solche Kategorien würde ich viel lieber reden als über die Frage, ob jetzt dieses Verhältnis in Köln ein Arbeitsverhältnis, ein Beschäftigungsverhältnis oder ein Betreuungsverhältnis ist. Das ist mir ziemlich egal, wenn es einhergeht mit dieser Entwicklung von Menschenwürde. Falsche Alternativen und Perspektiven zu erkennen ist, das für mich der vierte Punkt von Fordern. Wir müssen auch da den Finger drauf legen. Stütze plus Schwarzarbeit, Stütze plus Prostitution, Stütze plus Drogenverkauf, was auch immer die Überlebensstrategien sind, die ich individuell verstehen kann, wenn jemand abhängig ist zum Beispiel, aber ist nicht die Alternative zum dem, was wir als differenziertes Angebotsspektrum vorhalten. Da muss man ganz klar sagen, du kannst das machen, dann musst du aber auf die Stütze verzichten. Natürlich gibt es jugendliche "Freibeuter", die das so geregelt kriegen, aber dann bitte ohne Stütze, völlig klar. Die gibt's und die überleben auch.

Fünfter Punkt: Sie müssen in diesem Fall auch die Konsequenzen ihres Handelns erfahren, und ich sage ihnen ganz deutlich, ich bin nicht glücklich darüber, dass das mit der Arbeitsverwaltung so schwierig ist. Wir haben mit den 33 Arbeitsämtern in der Regel große Probleme, und ich weiß auch warum. Weil die Kolleginnen und Kollegen dort sagen, wenn wir anfangen, die Arbeitslosenunterstützung zu streichen, hängen wir am Fliegenfänger vor den Sozialgerichten. Das heißt, viele erfahren gar nicht die Konsequenzen ihres Handelns, und wir reden hier über eine Größenordnung, ich sag jetzt mal, bis zu 20 Prozent der Betroffenen, so würde ich sie eingrenzen auf Grund unserer Controllingdaten, die wir bei "Jugend in Arbeit" haben. Und wir müssen, letzter Punkt, und auch das ist Fordern, zum Teil diese Milieus massiv aufbrechen. Und ich sage ihnen auch, warum. Wir müssen sie deshalb massiv aufbrechen, weil die Kinder, aber erst recht die Jugendlichen ansonsten nur ganz schwer dieses Milieus, die sie nicht nur faszinieren, die sie auch fesseln, verlassen können.

An erster Stelle steht für die betroffenen Jugendlichen die Wiedererlangung eines Stückchens Würde. Denen kommen die Tränen wenn sie erzählen. „Ich hab zum ersten Mal in meinem Leben Gehalt gekriegt.“ Ich konnte zum ersten Mal meine Mutter einladen, aber auch bin auch heilfroh, dass ich jetzt zu Hause ausziehen kann. Ich rede immer über den gleichen Komplex Fördern und Fordern im Sinne von Entwicklung von Menschenwürde, und daran sollten sie dieses Projekt messen. Ich bewundere den Mut der Kölner, dieses heiße Eisen so angefasst zu haben, und ich bin relativ sicher, weil ich die Kollegen kenne, dass für sie auch die Menschenwürde und die Entwicklung eines fortschrittlichen Menschenbildes, gerade bei jungen Menschen, an vorderster Stelle steht. Und deshalb wünsche ich euch dabei weiterhin viel Erfolg, ohne dass ich die Kritik, die es gibt, damit völlig außen vor lasse.

Klaus Müller-Starmann

Für diese Ausführungen will ich mich persönlich bedanken, ich will den Dank aber weiterreichen, denn ich sitze zu weit da oben im zweiten Stock, als dass ich das noch in die tägliche Praxis übersetzen könnte. Ich hab heute morgen meinen Teil zu dem, was ich für wichtige, tägliche Praxis halte, gesagt, und da war einer dieser Punkte Vertrauensverhältnisse aufbauen, Unterstützung gewähren, aber selbständig machen, und nicht an die Hand nehmen und nicht auf Dauer unmündig halten,

sondern ich habe festgestellt, dass zu den unterschiedlichen Beiträgen hier oben am Podium, im Publikum durchaus Kopfnicken, Kopfschütteln, ich würde den Versuch unternehmen wollen, den Saal an dieser Diskussion zu beteiligen. Dazu müsste er sich jetzt aber einschalten und ich warte auf eine Wortmeldung. Das ist der Kollege aus Holland.

John Jahea

Ich habe noch eine Frage an Herrn Matzdorf. Ich fand ihren Beitrag positiv. Und für mich als Holländer war es sehr interessant, welche Punkte und welches Spektrum, in dem die Arbeit stattfindet, Sie hier dargestellt haben. Ich habe sehr oft viele Zielsetzungen gehört, was wir alles noch erreichen müssen. Was ich in meiner Praxis auch gelernt habe ist die Notwendigkeit durchzustehen und aufzufangen, sich zu beschränkt in den Zielsetzungen. Zum Beispiel halte ich ihren Punkt 5 selber auch für einen wesentlichen menschlichen Aspekt, aber da komme ich wieder zurück zur Hauptaufgabe und zu Teilaufgaben. Ich weiß nicht, ob das zum Beispiel eine Hauptaufgabe in der Arbeit ist oder sein sollte. Ich habe heute morgen in meinem Vortrag von 480 000 Arbeitslosen in Holland gesprochen, doch wir beschäftigen uns mit unserem gesamten Potenzial an Vermittlern mit durchschnittlich nur 60 000 von diesen Menschen im Jahr.

Was ist denn nun Menschenwürde? Und das sagten Sie auch, sind diese 3 1/2 oder 4 Jahre Arbeitslosigkeit, bevor erst einmal jemand an der Reihe ist? Wenn ich noch mehr Zielsetzungen dazu nehme in meiner Arbeit, dann laufe ich als Praktiker, nach meiner Auffassung Gefahr, meine Hauptaufgabe aus den Augen zu verlieren. Die Kritik von den anderen Sprechern an diesem Projekt finde ich auch von allen Seiten interessant, aber am liebsten hörte ich, dass hier gesagt wurde, dass wegen der Menschenwürde, aber eben auch aus ökonomischen Gründen Beschäftigung geschaffen wird. Dass eine Gruppe von 6 000 zurückgeht auf 4 100, das höre ich aus Holland am liebsten. Auch wenn es dann noch in anderen Bereichen natürlich, bestimmte Kritiken geben kann. Da kann man von lernen.

Klaus Müller-Starmann

Dann würde ich Herrn Roland Matzdorf bitten, vielleicht zu diesem letzten Punkt...

Unbekannter Teilnehmer

Entschuldigung. Nur eine ganz kurze Frage. Herr Matzdorf, ich kenne sie als Programmverantwortlicher unter anderem für das Programm "Jugend in Arbeit". Sie haben das Programm "Jugend in Arbeit" hier was die Vermittlungszahlen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Betriebe, als großen Erfolg dargestellt. Dann stellt sich für mich die Frage, warum ist denn dann so ein Projekt wie "Sprungbrett" mit all diesen Problemen und Schwierigkeiten und der öffentlichen Diskussion überhaupt notwendig? Warum werden die Jugendlichen nicht in das Programm "Jugend in Arbeit" aufgenommen und dann auch in Betriebe in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt? Dann braucht man nämlich kein "Sprungbrett".

Unbekannter Teilnehmer

Ich habe noch eine Frage an Herrn Matzdorf: Mich würde interessieren, werter Herr Matzdorf, wie sie das Spannungsverhältnis zwischen Vertrauen schaffen und diesem

neuen Begriff der Freiwilligkeit, Zwang, wie sie das denn in der pädagogischen Situation herstellen, denn wir wissen ja alle aus unserer langjährigen Erfahrung in der Praxis oder auch in Fabriken, dass das ja einer der schwierigsten, unauflösbaren Widersprüche ist.

Klaus Müller-Starmann

Der Kollege Schwendy hatte gebeten, zu dieser Frage, nämlich warum dann nicht die alle in "Jugend in Arbeit" oder in die vorhandenen versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, selbst eine Antwort geben zu können.

Arndt Schwendy

Es ja eben schon deutlich geworden durch den Hinweis von Herrn Fuß, dass wir hier in Köln, Gott sei Dank, mehr Lehrstellen haben, als wir besetzen können. Nun ist das nie ganz passgenau, man bräuchte eigentlich einen sehr großen Überhang, ähnlich wie auf dem Wohnungsmarkt. Aber immerhin ist das schon interessant. Das zweite ist ja, dass wir gemerkt haben, dass sowohl das Landesprogramm als auch das Bundesprogramm, die man sicher in vielerlei Hinsicht kritisieren kann, die aber beschäftigungs- und jugendpolitisch unglaublich wichtige Impulse gesetzt haben, ein Problem nicht lösen und das ist der Kern unserer "Sprungbrett"-Philosophie: sie erreichen diejenigen Jugendlichen nicht, die aus welchen Gründen auch immer im Augenblick keinen Bock haben, sondern gegen alle Appelle an Eigenverantwortlichkeit die nächste Tür beim Sozialamt aufmachen und dort das Zauberwort sprechen: „Ich bin mittellos und er muss noch am selben Tag zumindest seinen Tagessatz kriegen“, - und zwar, weil all die Maßnahmen, die diese Programme bieten, von den Jugendlichen eine Willkommenstruktur und eine Bereitschaft erfordern und überdies eine zeitliche Zwischenzeit aufweisen. Und vor diesem Hintergrund wir - und da folgen uns jetzt zunehmend andere Städte, die auch merken, dass trotz all dieser Programme dieser Kern an jugendlichen Arbeitslosen in der Sozialhilfe nicht zurückgeht - eine Maßnahme entwickelt, die der Sozialhilfebedürftigkeit mit der Minute, wo einer in die Beratung kommt, ein Ende macht. Und bei uns kann man morgens in die JobBörse am Arbeitsamt gehen, und nachmittags ist man hier beim IB und kriegt erst mal soviel Geld ausgezahlt als Praktikumslohn, dass man zum Sozialamt muss.

Der unglaubliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit - und der ist überproportional bei den jungen Arbeitslosen, die bislang vom Sozialamt bislang gelebt haben - bestätigt uns in unseren Bemühungen, Transferleistungen kreativ umzugestalten in Lohn im pädagogischen Sinne, nämlich für Anstrengungen der jungen Leute. Und wenn Sie mit den Jugendlichen sprechen würden, z.B. mit denen, die uns heute das Mittagessen bereitet und serviert haben, dann wüssten sie, dass hier das Gegenteil von Verletzung der Menschenwürde stattfindet: Hier werden die Jugendlichen ernst genommen, es werden ihre Kompetenzen erkannt und zu Tage gefördert und es wird ihnen auf Augenhöhe begegnet.

Und deshalb sag ich jedem, auch denen, die das SGB III machen: Wenn Sie weiter das Schlupfloch lassen, das in einer völligen Fehlinterpretation des Bundessozialhilfegesetzes arbeitsfähige junge Leute dazu verführt, vom Staat Geld zu kriegen auf Kosten der Solidargemeinschaft, dann ist das schädlich für unseren gesamten Sozialstaat und für die jungen Leute ohnehin. Es ist das schwarze Gift der

Wohlfahrt. Dieser Begriff stammt von dem berühmten italienischen Sozialreformer, Franco Basaglia, der die italienische Psychiatriereform geplant und durchgesetzt hat. Er hat gesagt: Es gibt zwei Gifte im Wohlfahrtsstaat, das weiße Gift der Psychopharmaka und die schwarze Milch der Wohlfahrtshilfe, beides Dinge, die Leute ruhigstellen, wenn man ihre Verteilung nicht verbindet mit weiterführenden Hilfen. Und insofern ist Sozialhilfe ohne Aktivierung schwarze Milch für junge Leute, die arbeiten können.

Klaus Müller-Starmann

Frau Spindler bitte.

Helga Spindler

Sie greifen da immer wieder Ihr altes Thema auf, Herr Schwendy. Ein Sozialhilfeempfänger und ein Arbeitsloser sind nicht unbedingt psychisch krank, sie brauchen andere Unterstützung. Und wenn Sie sagen, Herr Matzdorf, Sie bewundern diesen Mut im Moment, das heiße Eisen aufzugreifen, eine Art sanften Druck - wobei ich finde schon einen ziemlich starken Druck - anzuwenden, dann repräsentieren Sie im Moment einen weltweiten mainstream, und dazu braucht man keinen Mut, sondern man muss nur bestimmte Dinge nachmachen. Mut braucht man, wenn man in diesem mainstream versucht, eine vernünftige Linie zu fahren und sich auch auf Stärken besinnt, die nämlich ein sozialer Rechtsstaat durchaus zu bieten hat und die ein amerikanischer Staat und ein britischer Staat nie zu bieten hatten. Diese Länder werden andere Probleme bekommen, und in diesen kaputten Gesellschaften möchte ich auch nicht freiwillig leben; muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Also, ich schaue nicht darauf, sondern auf das, was ich in dem System, das wir in Deutschland entwickelt haben, für sinnvoll halte. Und die Gefahr ist die, dass Sie den Menschen ihre Rechte abnehmen, ja, dass Sie ihnen auch den Zugang zu einer vernünftigen Beratung wegnehmen. Es werden die Gelder im Land umgeschichtet. Es soll heute in der Sozialarbeit nur noch in Arbeit vermittelt und die Menschen nicht mehr in ihren Rechten beraten werden. Sie hören gar nicht mehr, was sie für Rechte haben, damit sie ja nicht an das "Gift" einer möglichen Sozialleistung herankommen. Konsequenter ist dann natürlich, diese Gesetze wirklich zu ändern, und ich habe den Eindruck, es wird ja jetzt auch offiziell mit dem Vorstoß aus Nordrhein-Westfalen angestrebt, diesen Rechtsanspruch gleich nicht mehr ins Gesetz zu schreiben. Dann haben Sie natürlich solche Bedenkensträger wie mich etwas "ausgeknockt", die auf die noch bestehenden Rechtsansprüche hinweisen.

Aber ich wollte auf etwas anderes eingehen, und zwar auf die Sache mit dem Menschenbild und mit der Menschenwürde, weil ich denke, es ist eine Verständigung, und zwar viel umfassender, als wir's hier leisten können, eine Verständigung über Menschenbild und Menschenwürde notwendig.

Halte ich das für schlecht, dass ein Mensch eine Transferleistung bekommt, wenn er eine gewisse Überbrückungszeit hat? Oder meine ich, ich kann nicht mehr richtig mit ihm reden, wenn er ein Minimum an Geld bekommt, damit er nicht verhungert? Oder meine ich, ich kann nur, wenn ich den existentiellen Druck verschärfe, ein vernünftiges, pädagogisches Angebot machen? Ich glaube, Sie unterschätzen den Zwangscharakter, in den sie dieses Angebot stellen, und man sollte nicht nach Bedarf die jeweiligen Menschenbilder einfach nur selbst entwickeln.

Also, ich habe auch lange gesucht um jemand zu finden, der sich über Menschenwürde in diesem Zusammenhang Gedanken gemacht hat und hab einen sehr interessanten Autor gefunden. Das war Avishai Margalit, ein jüdischer Philosoph, der nicht nur im heimischen Konflikt sondern auch in Amerika und Großbritannien relativ viel Erfahrungen gemacht hat und dieses Buch über Politik der Würde, Politik des Anstands (The Decent Society) geschrieben hat. Er sagt, in einem modernen Staat bedeute Umgang mit Menschenwürde, dass die Institution, so wie sie tätig wird, - und Sie verkörpern im Sprungbrettprogramm alle Institutionen und kein individuelles, freigemeinnütziges Hilfsangebot - dass sie die Menschen nicht demütigt. Und Demütigung kann etwas sehr Subtiles sein.

Auch eine aufgezwungene Hilfe- "Ich weiß besser, was für dich gut ist" - kann demütigend sein. Und er beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit, die demütigend sein kann. Aber das ist vor allen Dingen die erzwungene, die unfreiwillige Arbeitslosigkeit, in der man keine sinnvolle Beschäftigung hat, nicht mehr gebraucht wird. Mit diesen Angeboten, die Sie hier machen, bieten Sie aber keinesfalls etwas, wo jemand sofort gebraucht wird, sondern Sie haben sie nur konstruiert, um den Menschen nichts mehr auszahlen zu müssen. Und wenn Herr Schwendy sagt, am ersten Tag muss was da sein, auch wenn es kein ganz astreines Arbeitsverhältnis ist, dann frage ich mich, warum bieten Sie es denn als Arbeitsverhältnis an. Und meine These ist die, dass nur deswegen eine so komische Art von Arbeitsverhältnis angeboten wird, weil man anders den Zwang bei der bisherigen Rechtslage nicht durchsetzen kann. Wenn man andere Maßnahmen, vor allen Dingen Jugendhilfemaßnahmen, ablehnt, ist das kein Grund keine Sozialhilfe mehr zu zahlen. Also arbeiten Sie mit dieser Konstruktion und machen so ein bisschen Arbeitsverhältnis, dass es für den Zwang reicht, aber nicht so viel Arbeitsverhältnis, als dass es wirklich was Sinnvolles wäre.

Und ich habe mir, als ich mich vorbereitet habe, auch gesagt, ich möchte auch irgendwo nicht nur kritisieren, sondern etwas Konstruktives einbringen, und da ist mir die Ankündigung eines neuen Gesetzentwurfs in die Hände gefallen, die ich ein bisschen umgedichtet habe, weil ich dachte, das könnte es sein, was ich mir im Umgang mit Arbeitslosen auch vorstelle. Der Entwurf ist mit der Leitlinie überschrieben "Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft", und lautet: " Wir werden für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger die Beteiligungsmöglichkeiten und die Beteiligungsrechte für eine selbstbestimmte Teilhabe entscheidend verbessern. Dazu gehört die Schaffung von gemeinsamen Servicestellen. In Zukunft werden die Betroffenen nicht mehr monatelang auf die Bearbeitung ihres Antrags warten und während dieser Zeit sich durch alle Instanzen kämpfen müssen....

Die Verbände und Selbsthilfegruppen einschließlich der Interessenvertretung Sozialhilfe beziehender Frauen bekommen explizit festgeschriebene Beteiligungsrechte, auch ein Klagerecht der Verbände wird eingeführt. Werden Arbeitslose und Sozialhilfebezieher in ihren Rechten verletzt, dann können die Verbände an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis klagen. Alle Leistungen, Dienste und Einrichtungen sollen den Betroffenen möglichst weitgehenden Raum zu einer eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Gestaltung des Lebens belassen oder es überhaupt erst ermöglichen. Das Wunsch- und Wahlrecht des Betroffenen wird gestärkt." Unter einer solchen Regelung könnte ich mir sehr viele Förderangebote vorstellen. Ich habe Ihnen aber gleich gesagt, ich hab's umgedichtet.

Diese Rechte will die Regierung nur den Behinderten geben, aber nicht den Arbeitslosen und den Sozialhilfeempfängern, und das halte ich für schade.

Karl-Peter Fuß

Von mir noch eine Bemerkung dazu, wir reden hier ganz losgelöst nur über dieses Projekt. Man muss ja wissen, dass das in der Stadt in einem bestimmten Kontext steht. Wir haben in Köln eine Fülle von Hilfsangeboten ausgebaut, da ist zum Beispiel das Jobbörsen-System, mittlerweile 23 Jobbörsen, wo sich Mitarbeiter und Arbeitslose kümmern. Wir sind dabei, auch die Profile der Arbeitslosen zu ermitteln, auch bei Jugendlichen. Da stellen wir erstmal fest, was die jungen Leute können, das ist ja wichtig. Wir schicken die ja nicht irgendwo hin. Und da muss man wissen, wenn die in die Jobbörse kommen, da sitzen ein Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung, des Sozialamtes und des Jugendamtes. Da wird zunächst der Weg geprüft. Gibt es eine Ausbildungsstelle für dich, wird angeboten. Gibt es andere Möglichkeiten; da spielt ja das ganze Arsenal unserer Beratungsmöglichkeiten eine Rolle.

Wir bieten den jungen Leute eine Chance, mal rauszukriegen, was sie denn wollen und können. Das ist das eine. Abgesehen davon haben wir noch ein begleitendes Konzept aufgelegt. Wir haben eine andere Maßnahme, die klingt so ähnlich, die nennt sich "Startbahn". Wir begleiten die jungen Leute in den Beruf hinein. Das geht sogar soweit, dass wir sie zu Vorstellungsgesprächen begleiten, und wir begleiten sie auch während der Probezeit. Also, wenn sie meinen, hier ist in Köln ist eine Hatz entbrannt, um junge Menschen aus dem Leistungsbezug zu kicken, dann sind sie nicht gut informiert. Unsere Intention ist es, noch nicht Ausbildungsfähige auf die Ausbildung vorzubereiten und noch nicht Arbeitsfähige wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist unser Ziel. Und über ihre Unterstellungen, die sie hier anbringen, so wie sie es darstellen, bin ich - sag's mal so mit starken Worten - bin ich empört.

Klaus Müller-Starmann

Herr Matzdorf, die Frage von Menschenbild, Freiwilligkeit ist mehrmals in die Diskussion gebracht worden, auch durch die Nachfrage des Kollegen Münch. Gibt es den Widerspruch, so wie er sich hier darstellt, tatsächlich ?

Roland Matzdorf

Ja, ich würde mal gern damit anfangen, weil es sozusagen auch viel mit meiner Ausbildung und mit meiner Herangehensweise zu tun hat. Ich glaube und will auch sagen, dass ich darüber sehr ausführlich gesprochen habe mit ungefähr 140 Beratungsfachkräften, die im Programm "Jugend in Arbeit" tätig sind. Ich weiß nicht mehr genau, wann es war, es war in Dortmund und es war im letzten Jahr, vielleicht waren einige hier dabei, dann können sie mich korrigieren, wenn ich was falsches sage, aber ich hab mir den, nein es war in Essen, Entschuldigung, es war in Essen, jetzt weiß ich's wieder, es war in Essen, und wir haben über diese Frage gesprochen, die sie gestellt haben, ja. Dort haben wir gesagt, wir heben die Freiwilligkeit auf und wir wollen trotzdem, dass sie ein Vertrauensverhältnis aufbauen, und dafür dürfen sie sich Zeit lassen. Und nun haben sie mich gefragt, ob Vertrauen und Zwang zusammenpassen. Und ich sage, sie passen dann zusammen, wenn ich wirklich ein Vertrauensverhältnis habe und von vornherein klarlege, erstens, die ganze Geschichte hier läuft nicht freiwillig ab, ja das muss ich offenlegen, sondern die läuft

in einem Gesamtzusammenhang ab, weil der Staat oder die Beitragszahler sind hier beteiligt. Das muss man erst mal offenlegen. Das kann nicht durch die Hintertür kommen. Man muss sagen, deshalb gibt es auch gar keine Freiwilligkeit, sondern wir setzen uns darüber auseinander, aber wir haben Zeit genug, den für dich richtigen Weg zu finden. Ich bin nicht für Hau-Ruck-Strategien, Maßnahmen zu füllen, und ich glaube auch nicht, dass das so gemacht wird.

Man muss auch genau gucken, ich hab's ja vorhin ausgeführt, welche Interessen, welche Stärken die jungen Menschen haben. Ich bin großer Verfechter, an den Stärken der jungen Menschen anzusetzen, weil ich sie ja erlebt habe und fest daran glaube, dass gerade auch Leute ohne Schulabschluss, gerade Leute, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, hohe, hohe Kompetenzen in der Überlebensfähigkeit mitbringen, in der Lebensgestaltung, in der Lebensbewältigung. Die übersteigt bei den meisten die von Abiturienten, die ja vielfach da nicht so ganz kompetent sind, auch wenn sie gute Noten schreiben. Deshalb muss man an diesen Stärken ansetzen. Ich kann mein Auto nicht in drei Minuten knacken und das Autoradio ausbauen zum Beispiel. Das finde ich, das muss ich sagen, schon eine hohe Leistung. Oder mich mit wenig Geld durch das Leben zu schlagen, das fiel mir mittlerweile wahrscheinlich auch schwer. Es ist zumindest lange her, dass ich das musste.

Das ist eine hohe Organisationsfähigkeit. Vor einer alleinerziehenden Mutter habe ich Hochachtung, wie die ihr Leben meistert, muss ich wirklich sagen. An diesen Stärken würde ich also ansetzen. Das machen inzwischen sogar Betriebe. Die sagen, wer soviel geregelt kriegt und soviel organisiert kriegt und koordiniert kriegt miteinander, das nutzen wir, etwa im Umgang mit Kunden. Und das bedeutet jetzt, um zurückzukommen auf die Frage Vertrauen und Verbindlichkeit, so würde ich das Begriffspaar definieren, das bedeutet, dass dem Jugendlichen, mit dem ich rede, völlig klar ist, dass hinter seinem Verhalten auch Konsequenzen stecken. Es kommt darauf an, wie er sich verhält, er kann rausgehen aus diesem Zusammenhang, dann muss er mit der Konsequenz im Endeffekt leben, dass er sich ohne Stütze ernährt. Das geht. Es ist vielleicht schwierig, aber das geht. Wenn er drin bleiben will in diesem System, und das hat natürlich ein Stück weit auch Zwangscharakter, dann ist klar, dass ich Hilfe anbiete, dass er sich aber bewegen muss und er die Konsequenzen seines Handelns spürt. Und das ist ganz was anderes als der alte Zwangsstaat, das ist schon mal so was wie aktivierender Staat, der nämlich hilft, solange er helfen muss, aber auch derjenige muss sich selbst bewegen und sich dieser Hilfe auch bedienen.

Das steckt dahinter. Und jetzt komme ich zurück auf die Kolleginnen und Kollegen aus dem Beratungskreis. Die haben gesagt, das wäre für sie eine riesige Hilfe, dass sie zum ersten Mal mit einem Jugendlichen auch verbindlich sprechen könnten und nicht nur auf der Ebene von Freiwilligkeit, und der sagt, leck mich doch am Arsch und geht wieder. Sondern, dass sie auch ganz klar sagen können, die Geschichte ist eingebunden in Konsequenzen, und du sollst das von Anfang an wissen, dass es für dich Konsequenzen hat. Und das haben die als Stärkung ihrer Position begriffen. Es gab auch da eine Kontroverse, aber die überwiegende Zahl, die weitaus überwiegende Zahl hat das als Stärkung ihrer Position als Berater empfunden und hat deutlich gemacht, da sie ja wirklich ein Angebot machen können und nicht irgendwelche Maßnahmen füllen müssten, weil sie ein Angebot machen konnten,

was wirklich nachvollziehbar und was auch vernünftig ist, zu vernünftigen Konditionen, dass sie damit auch bestimmte Konsequenzen verbinden konnten.

Zweite Frage, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Bei "Jugend in Arbeit" handelt es sich in der Tat darum, ich will ihnen aber auch nicht verhehlen, dass wir ein Problem haben mit ungefähr 25 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die so schwierig sind von ihrer individuellen Problemlage her, auch von ihren Rahmenbedingungen her, in denen sie aufwachsen, dass wir sie bei "Jugend in Arbeit" gar nicht erreichen. Das muss ich ganz klar sagen. Die bringen wir auch in absehbarer Zeit, ein Jahr Hinführung, nicht in Betriebe. Das ist so. Und wir überlegen uns sehr wohl, mit den holländischen Kollegen zusammen, auch mit den englischen übrigens, welches Scharnier muss vorgeschaltet werden, um die Arbeitsfähigkeit im positiven Sinne herzustellen, um den Weg wirklich zu ebnen. Und da sehe ich durchaus einen Ansatz in dem, wie das hier gemacht wird.

Ich hab mir das nicht gründlich in der Praxis angeguckt, ich hab aber hohes Vertrauen in die Akteure, das will ich mal so deutlich sagen. Ich kenne die seit vielen Jahren und ich weiß, die würden sozusagen etwas Menschenverachtendes und etwas, was den Menschen schadet, nicht machen. Das ist mein Grundvertrauen, was ich habe und deshalb glaube ich, dass die auf dem richtigen Weg sind und unterstütze diesen Ansatz. Aber nicht als Alternative zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, sondern als Hinführung dahin. Und daran muss es sich dann auch messen lassen.

Was passiert mit diesen Jugendlichen nach einem halben Jahr, nach einem Jahr, das müssen sie messen. Wir machen das, und ich sage ihnen jetzt eine Zahl, die können sie mir glauben, wobei sie mich selbst überrascht hat gestern. Wir sind jedem dieser insgesamt 13 000 Jugendlichen, die langzeitarbeitslos sind, die im Programm "Jugend in Arbeit" sind, jedem dieser Jugendlichen nachgegangen. Seit gestern wissen wir, dass nach einem Jahr Beschäftigung 70 Prozent der Jugendlichen dauerhaft beschäftigt sind beim Betrieb. Ich weiß in meiner 22-jährigen Karriere kein Arbeitsmarktprogramm, was das geschafft hat. So, nicht um uns auf die Schulter zu klopfen, sondern um deutlich zu machen, das es geht. Das Ganze ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann da zahlenmäßig drüber lachen, das weiß ich, aber mir geht's um viel mehr, mir geht's um den Ansatz. Wir haben das mit Jugendlichen gemacht, von denen zwei Drittel mehr als zwei Jahre arbeitslos waren, die aber nicht so schwach waren, dass sie nicht in Beschäftigung einmünden konnten. Die waren grundsätzlich arbeitsfähig und arbeitswillig, nur deshalb haben wir das geschafft. Also 40 Prozent der Grundpopulation sind in Arbeit, und davon sind 70 Prozent dauerhaft beschäftigt. Ich finde, das ist ein schlagender Beweis, dass es trotz dieser hohen Verbindlichkeit, die dieses Programm hat, geht.

Und ich gebe dem holländischen Kollegen Recht, man soll sich dabei nicht so viele Ziele setzen, vieles rüttelt sich auch, wenn die Türen der Betriebe, und das halte ich für die Schlüsselstelle, nicht die Türen des IB, sondern die Türen der Betriebe geöffnet werden für junge Menschen, die sich selbst jahrelang als Verlierer empfunden haben und die Hoffnung schon aufgegeben haben. Ein berühmter Ökonom hat mal geschrieben, wir überschreiten die Tür des Betriebs und „hoppla“, wir betreten eine andere Welt. Er hat das damals nicht so gemeint, aber genauso ist

es für die jungen Menschen. Mit diesem Schritt beginnt ein Stück weit auch ihre Menschenwürde wieder, und es handelt sich dabei alles um Betriebe, die sie vorzeigen können, wo auch sie oder ich arbeiten würden, ganz normale Betriebe zu ganz tariflichen Bedingungen.

Und wenn "Sprungbrett" dahin führt, dass wir auch nur einen Teil in solche Betriebe kriegen, dann ist das richtig angelegt. Deshalb muss man dem nachgehen und noch mal, man muss vielleicht auch die kritischen Punkte in eine Weiterentwicklung einbinden, aber die Verknüpfung mit der betrieblichen Realität halte ich in der Arbeitsmarktpolitik übrigens ganz generell für einen wichtigen Schlüsselbegriff. Da würde ich gerne noch viel mehr Forderungen an die Arbeitgeber stellen, denn die müssen sich eigentlich öffnen, und zwar schon für Schüler aus meiner Sicht, für Schüler, damit wir nicht erst die langzeitarbeitslos werden lassen, sondern ihnen betriebliche Realität näherbringen, weil das vielfach ihre Milieus, ihre Eltern, aber auch ihre Lehrer nicht können.

Klaus Müller-Starmann

Ich würde nur gerne auf einen Teil meines Vortrags von heute morgen verweisen. Ich habe eine ähnliche Erfahrung für "Sprungbrett" heute morgen formuliert. Ich bin seit 14 Jahren im Bereich der Aktivierung der Beschäftigungspolitik tätig, und ich habe bisher keine Maßnahme erlebt, die ähnliche Vermittlungserfolge hat. Dies ist eine Information. Das war eine Wortmeldung aus dem Publikum.

Unbekannter Teilnehmer

Ich bin mit entschiedener Offenheit hergekommen, als jemand der erst seit 6 Wochen in Köln im Sozialwerk arbeitet und habe die Offenheit nach wie vor. Ich finde das für JUMP auch o. k., wenn es diese Perspektive gewinnt. Trotzdem meine ich, müsste man dies doch etwas stärker auch in den Eckdaten fassen wie gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik, die den konjunkturellen Aufschwung usw. betreffen. Die Vermittlungsquote, von der sie gesprochen haben, ist da letztlich auch einer konjunkturellen Entwicklung, wie wir sie in den letzten 1 1/2 Jahren zu verzeichnen haben, mit zu verdanken. Unter anderen gegebenen Bedingungen sähe dies möglicherweise anders aus. Aber ich möchte was anderes sagen: Wir sprechen hier von einem geballten Potenzial, das sich mit der Einstiegsmöglichkeit in Arbeit beschäftigt.

Nun wissen wir ja auch, dass wir längst haben Abschied nehmen müssen von der Vision, dass man Einstieg in Arbeit findet und dann läuft der Laden. Die Beanspruchung an "Humankapital", was Flexibilisierung, was Mobilität anbelangt, was soziale Kompetenz anbelangt usw. haben enorm zugenommen, auch zeitliche Belastung und, und, und, so dass der immer geringer werdende Faktor Arbeit eigentlich mit immer mehr Kompetenz verbunden ist. Von daher wundert mich zunächst überhaupt nicht, dass es einen Großteil gibt, vor allen Dingen von Hauptschulabgängern, die diesem Standard nicht gewachsen sind. Wenn man sich anguckt, was im Bereich von Lean -Management usw. in den letzten 10 Jahren an gering qualifizierten Stellen abgebaut worden ist, dann ist das eine Kreisbewegung. Da setzen wir jetzt wieder an. Also der Arbeitsmarkt gibt in der Regel für diese Personen relativ wenig her, und jetzt geht's um das Qualifizierungsniveau.

Die Frage ist doch aber die nach der Nachhaltigkeit, die würde mich wirklich interessieren. Wie nachhaltig sind denn die Qualifizierungen, die dort gewonnen

werden, und was ist denn mit denen, die nach einem 3/4 Jahr oder nach einem Jahr - reden wir mal von den Verlierern- was ist mit denen, die dann anschließend herausfallen? Gibt es in ihrem Projekt so etwas wie eine nachhaltige Befragung, auch bei einem längeren Zeitraum, wo man an Daten herankommt, ob nun qualitativ oder repräsentativ, damit man zumindest nicht immer ein diffuses Gefühl hat, unser Laden läuft, sondern auch weiß, dass die Zuarbeit an Qualifikationen und Kompetenzsteigerungen adäquat ist für das, was gefordert wird.

Klaus Müller-Starmann

Ehe ich darauf antworte, wollte ich dem Kollegen Grüner das Wort geben, weil der hatte sich eben schon gemeldet.

Guido Grüner

Roland Matzdorf hat zwei Stichworte ins Gespräch gebracht, „Vertrauen“ und „Verbindlichkeit“. Das klingt ja immer sehr gut, zumindest auch aus Sicht dessen, der diese „Verbindlichkeit“ herstellen will, das ist letztlich der, der für die Staatsseite steht. Und was ist mit dem Individuum? Für dieses würde ich eine dritte Vokabel fordern wollen, nämlich „Perspektive“. Denn, was immer wieder mitgeteilt wird, ist, dass sich viele Erwerbslose ihrer Perspektive schlicht beraubt sehen. Ihnen gegenüber heißt es immer wieder, „du machst das und das, und dann kriegst du....“. Dann haben die Jugendlichen beispielsweise den Abschluss gemacht, und was war dann ? Die nächste Maßnahme... oder nichts. Da bleibt die Frage, wenn schon hier über Vertrauen und Verbindlichkeit geredet wird, nach der realistische Perspektive.

Zweites Stichwort. ein Programm sei in Nordrhein-Westfalen sehr erfolgreich, 70 Prozent Erfolgsquote. Aber auch dies sei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ja, aber was heißt das denn? Seit Jahren wissen wir, dass die Bundesanstalt für Arbeit nicht untätig ist. Die Zahl der Vermittlungen liegt im Bereich per Anno 3 Millionen. Diese Zahl ist Beleg für die- wie wir sie nennen- Rotationsarbeitslosigkeit. Die einen fliegen raus (aus dem Job), die anderen kommen wieder rein.

Ich will ihr Verdienst mit einer ganz bestimmten Zielgruppe nicht schmälern, aber wenn es einen Prozess gibt, dass Leute in Jobs reinkommen, dann kann man mit geeigneten Hilfsmitteln auch ganz bestimmte andere Leute dort reinschleusen, die bisher als unvermittelbar galten. Das kann und soll man auch tun, doch das Problem bleibt doch gleich. Wir haben einfach zu wenig Arbeitsplätze. Es sollte daher nicht unterstellt werden, dass mit diesen Programmen, alle Probleme gelöst werden können; sonst gäbe es sie schon in viel größerer Auflage. Deshalb können erwerbslose Jugendliche auch nicht über „Verbindlichkeit“ (d.h. doch real unter Sanktionsdrohung) in Maßnahmen reingepackt werden, sondern es können nur dort Maßstäbe der Verbindlichkeit vereinbart werden, wo es eine ehrliche Perspektive gibt.

Ein anderer Punkt:

Herr Fuß hatte vorhin gesagt , er hat in Köln unbesetzt bleibende Lehrstellen. Als ich zuletzt auf einem solchen Podium saß (in Münster), hat der örtliche IG-Metall-Bevollmächtigte genau so auf meine Kritik an „mehr Pflicht“ und an Maßnahmen der Art „Fördern und Fordern“ für Jugendliche reagiert. Er berichtete von einem Betrieb, der seine Lehrstellen nicht besetzt bekommt. Kaum hatte er den Satz zu Ende, da stand vorn in der ersten Reihe ein alter IG-Metall-Kollege auf. Dieser, wohl knapp 60, sagte, er kenne diesen Betrieb, „das ist die alte Gerberbude, da würde ich auch

nicht hingehen wollen.“ Das pauschale Argument der freien Lehrstellen finde ich daher immer ein sehr, sehr schwieriges Argument, weil es genau den Anspruch übergeht, Jugendlichen mit bestimmten Fähigkeiten, Neigungen und Interessen auch was geeignetes zu geben. Was auf der Ebene der Zahlen vielleicht funktioniert, findet in der Praxis schnell seine Grenzen.

Als letzten Punkt will ich eine Lanze für die Glaubwürdigkeit und das Engagement von Jugendlichen brechen. Folgender Bericht erreichte uns: Ein Jugendlicher, Maurer, Ausbildung 3. Lehrjahr, ungefähr 5 Monate vorm Abschluss wollte das Ding hinschmeißen. Die Sozialarbeiterin hatte in bereits x-mal „ins Gebet genommen“, der Ausbilder auch. Die Sozialarbeiterin wusste, der arbeitet schwarz, ist unpünktlich, kommt morgens nicht zur Arbeit und ähnliches. Beide wussten keinen Weg. Dieser Jugendliche ist mit seinem Problem zufällig in eine unabhängige Erwerbsloseninitiative gekommen und hat erzählt. „Ich muss jobben, weil, meine Familie keine Knete hat“; alleinerziehende Mutter, drei Geschwister, und wir haben nichts. Auf die Frage, „wart ihr schon mal beim Sozi“ - Entschuldigung für diese Sprache, ist aber üblich- ,hieß es:“ Ja klar, die haben gesagt, wir kriegen nichts.“

Da wurde in der Initiative der (sozialhilferechtliche) Bedarf nachgerechnet. Das Sozialamt hatte Zuschläge für Diabetes, für Alleinerziehende und ähnliches „vergessen“ und den Sozialhilfeantrag abgelehnt. Das summierte sich mal ganz locker bei der Familie auf 400, 500 Mark im Monat. Und hier lag die Ursache für die Probleme an der Ausbildungsstätte. Die Familie ist durch den Fehler des Sozialamts zwar nicht verhungert, dies hat aber dazu beigetragen, einen Jugendlichen, der engagiert und auch fürsorglich ist, dahin zu bringen, die Ausbildung hinzuschmeißen und lieber 1000 Mark schwarz am Bau zu verdienen (statt die 500 in der Ausbildung).

Über diese Situation Jugendlicher wird all zu schnell hinweggegangen. Bleibt hier die Frage, was wäre mit der Ausbildung dieses Jugendlichen geworden, wenn er nicht zufällig in diese unabhängige Erwerbsloseninitiative gekommen wäre? Er hätte wohl hingeschmissen, um bei dem Betrieb anzufangen als Ungelernter, bei dem er gerade noch sein Praktikum als Auszubildender gemacht hat.

Er wäre dann genau einer derjenige gewesen, Herr Schwendy, von dem sie vorhin geredet haben, die in fünf oder in zehn oder in fünfzehn oder in zwanzig Jahren wieder als Sozialhilfebezieher beim Sozialamt sind, weil sie ungelernt sind, kaum Qualifikationen mitbringen.....

Thomas Münch

Ja, Roland Matzdorf hat wieder einen seiner beliebten rhetorischen Salti geschlagen, die ich zumindest oft an ihm bewundere, er hat nämlich wieder Äpfel mit Birnen verglichen. Er sprach von Vertrauen und Verbindlichkeit. Er machte das fest am Beispiel "Jugend in Arbeit", wir reden hier aber über „Fördern und Fordern“, und zwar anhand der Debatte um dieses Sprungbrett-Projekt. Bei der einen Geschichte geht es sicherlich um Verbindlichkeit, aber es geht nicht um die knallharte Sanktion Wegfall und Streichen der Sozialhilfe. Das sind zwei ganz wesentliche qualitative Unterschiede, und wir sollten das nicht miteinander vermischen.

Und sie haben immer noch nicht die Frage beantwortet, wie man denn unter diesem exzessiven Zwang des Streichens der Sozialhilfe die Frage des Aufbaus von Vertrauen mit dieser knallharten Sanktion der Bedrohung der Lebensverhältnisse

verknüpft. Das ist mir als Pädagoge nicht nachvollziehbar und erklärbar geworden aus dem, was sie hier vorgestellt haben. Vielleicht sagt Martin Schmitz auch gleich was zu diesem Punkt. Ich wollte aber gern noch eine andere Bemerkung machen zu ihnen, Herr Matzdorf. Ich fand in der Debatte eben noch zwei Schlüsselbegriffe. Das eine war der Herr Fuß mit seinem aktivierenden Sozialstaat und das andere war der Herr Matzdorf mit seinen Milieus aufbrechen. Ich denke, genau darum geht es hier. Wir diskutieren ganz grundlegend über einen Paradigmawechsel in der Sozialstaatlichkeit in Westeuropa. Deswegen gehen hier auch manchmal die Emotionen so hoch, und das ist auch ganz in Ordnung. Wir streiten ja um etwas ganz Ernsthaftes.

Ich nehme heute mit, dass - ich formuliere das einmal etwas flapsig- die sozialdemokratischen Positionen, die ich heute hier gehört habe, denn darum geht es ja auch in diesem Paradigmawechsel, dass diese sozialdemokratischen Positionen mich eigentlich in der Überzeugung bestätigt haben, dass, um Ralf Dahrendorf zu zitieren, wir das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts erleben. Denn das Aufbrechen von sozialen Milieus von Menschen beinhaltet eine Position, die deutlich der Aufklärung geschuldet ist, wie der Gärtner, der krumm wachsende kleine Bäume gerade bindet an einem festen Stab, damit sie schön und gerade wachsen. Das ist die alte Phantasie, wir könnten Gesellschaft strukturell durch eine vernünftige Politik und Sozialarbeit in die richtige Richtung biegen, und wir als Pädagogen wüssten auch noch genau, wo diese richtige Richtung ist. Das ist die Hybris der Aufklärung, und wer in der Postmoderne solche Positionen vertritt, wenn auch im neuen Gewand - new hassle and work, wie sie das ja jetzt alle so schön nennen, new economic und was sie alle für Begriffe haben von Tony Blair bis Buster Schröder – dann sage ich, das überzeugt mich alles überhaupt nicht.

Unbekannter Teilnehmer

Hier scheint ja eine zum Teil- zumindest auf dem Podium - vertraute Runde versammelt zu sein, doch ich persönlich finde es schade, wenn dann polarisierende Polemiken, die man offensichtlich schon kennt, ausgetauscht werden, die der Bestätigung der Position dienen und weniger dem Erkenntnisgewinn. Ich wollte jetzt eigentlich nicht über Dahrendorf und die europäische Ebene diskutieren, sondern konkret nachfragen. Ich komme aus Kreuzberg, Berlin. Ich kenne mich also in Köln und mit den Gepflogenheiten nicht aus. Ich bin an Informationen und Kritiken zu diesem Projekt "Arbeit sofort", "Sprungbrett" interessiert. Ich beschäftige mich beim freien Träger mit der Beratung und Vermittlung von Sozialhilfebeziehenden.

In Kreuzberg haben wir eine Arbeitslosenquote von ca. 30 Prozent, Sozialhilfeempfänger ca. 17 - 18 Prozent. Das heißt, die Perspektive, hier durch Vermittlungstätigkeit eine ausgeglichene Balance hinzukriegen, ist von vorn herein hirnrissig. Deswegen ärgere ich mich auf jeden Fall über Sozialamtsachbearbeiter, die Hilfeempfänger jede vier Wochen zu 20 Betrieben schicken und von ihnen schriftlich bestätigen lassen, dass sie nicht eingestellt werden. Aber ich ärgere mich genauso, oder ich ärgere mich nicht nur, ich bin entsetzt, wenn ich immer wieder mitkriege, wenn 18-, 19-jährige Sozialhilfeempfänger, die wir vor 1 1/2 Jahren beraten haben, wo konkret Dinge verabredet sind, nach 1 1/2 Jahren wiederkommen und es ist nichts passiert. Er ist in der gleichen Situation. Das finde ich das Entsetzliche - nicht für mich, ich kann damit ja leben- aber für diesen konkreten Menschen, für diesen Jugendlichen.

Da mache ich mir, obwohl ich eher von einer libertären Ecke komme, schon Gedanken, wie dann die Leistungsgewährung an diese Person doch mit einer Verpflichtung und Verbindlichkeit, ich würde noch nicht mal sagen, zu arbeiten, sondern sich einer Begleitung und Betreuung auszusetzen, verbunden werden kann. Aber ich hab konkrete Fragen an diese Praxis hier.

Das ist die Frage, ob das tatsächlich existiert und ob der Finanzhintergrund gewährleistet ist. Dann spielt natürlich die Auswahlzeit eine Rolle, nämlich sich ohne Überrumpelung damit überhaupt auseinandersetzen zu können. Also, da denke ich schon, das ist eine Überrumpelung, am ersten Tag damit konfrontiert zu werden und sofort dann geschickt zu werden. Da würde ich wirklich gerne mehr drüber wissen. Mit dieser Überrumpelung mach ich mir dann auch Sorgen. Wir haben vorhin von Frau Krahek gehört, dass es durchaus eine ganze Menge von Hilfeempfängern gibt, die in einer vorübergehenden Krisensituation sind. Wird denn diese Situation bei der Prüfung von Arbeitsfähigkeit in diesem Konzept gebührend berücksichtigt? Dass man möglicherweise an dem Tag oder in der Situation oder in dem Monat oder in den zwei Monaten, wo man diesen Antrag stellt, letztlich doch eben nicht arbeitsfähig ist, weil man diese Aufforderung bekommt, sich sofort dann bei der Jobbörse zu melden, das dann auch entweder über sich ergehen lässt oder den Weg beiseite nimmt und dann eben nicht mehr gesehen wird?

Klaus Müller-Starmann

Ehe Martin Schmitz das Wort erhält, , würde ich dies gerne als letzte Wortmeldung aus dem Publikum, ihr Einverständnis vorausgesetzt, ankündigen. Ich würde ihn auch bitten, auf einen Teil der Fragen, die hier gestellt worden sind, zu antworten. Abschließend würde ich gerne an Herrn Fuß und Herrn Schwendy die Frage stellen: „Können wir uns zurücklehnen, haben wir unsere Hausaufgaben komplett gemacht, oder wo müssen wir weiterentwickeln?“ Aber erst Martin Schmitz, bitte.

Martin Schmitz

Ich spreche für einen der Träger, die hier "Sprungbrett" mit betreiben, einen Beschäftigungsträger. Thomas, wir haben jahrelang zusammen dafür gestritten, gefochten, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Das hier ist eine ganz einfache Variante davon, in der das realisiert ist für die Gruppe der 18- bis 25-jährigen Sozialhilfeempfänger, die aus dem Grunde von Arbeitslosigkeit Sozialhilfe beantragen wollen. Für die machen wir etwas gegen Ausgrenzung, nämlich gegen dasjenige System von Ausgrenzung, was den Namen Sozialhilfe trägt und an dem du irgendwie im Interesse der Jugendlichen als Interessenvertechter dieser Gruppe irgendwie unbedingt festhalten willst. Gegen das System von Ausgrenzung, was man einem 18jährigen sagt an dem Anfang seiner Berufsbiographie, passe auf, du hast irgendwie den Anschluss verpasst. Wir haben keine Perspektive für dich, wir kümmern uns auch nicht um dich, aber gut, du kriegst so und so viel Geld, dass du nicht verhungerst und ansonsten war es das.

Da gebe ich Roland Matzdorf Recht, das ist zynisch. Meine Mitarbeiter im "Sprungbrett" lösen dieses Problem von Freiwilligkeit und Zwang nicht abstrakt wie du, sondern tagtäglich, ganz konkret. Da kommt nämlich jemand an, der eigentlich gewohnt war, weil das immer so war, dass er da hin gehen konnte zum bezirklichen Sozialamt und Sozialhilfe kriegt als Hilfe zum Lebensunterhalt, als Geldleistung. Und jetzt soll er da irgendwo hingehen. Was ist das denn jetzt auf einmal? Und dann sitzt

er, wenn er bei uns angekommen ist, Leuten gegenüber, denen er natürlich erst einmal misstraut und macht mit denen eine persönliche Erfahrung, dass sie ihn ernst nehmen. Für manche gibt es das Problem von Zwang gar nicht, sie machen die Erfahrung, der nimmt mich ernst, hier kriege ich die Unterstützung, die ich brauche in der Form dieses Arbeits- und Praktikumsverhältnisses, kriege Qualifizierung, die ich brauche, kriege alles das, was ich benötige, um meinen individuellen Weg zu gehen. Was hast du, verdammt noch mal, ein abstraktes Problem von Zwang dabei? Das machen meine Mitarbeiter täglich, das machen die gut, und da lernen wir alle noch dabei, dass wir das immer besser machen.

Unbekannter Teilnehmer

Martin, du hast jahrelang eine Arbeit gemacht, wo Menschen freiwillig zu dir kamen mit einer großen Bereitschaft, ihre Lebenssituation zu verändern. Und jetzt kommen Menschen zu dir, die, wenn sie das nicht wollen, was du ihnen vorschlägst, nämlich einen Arbeitsplatz, sondern erst mal ein Praktikum suchen, wobei ich überzeugt bin, dass du das gut machst, aber wenn sie das nicht wollen, bekommen sie ihren Lebensunterhalt gestrichen. Und das ist ganz klar eine Zwangsmaßnahme. Und bevor wir jetzt weiter diesen Diskurs, der sicherlich sehr spannend ist, weil wir ja beide, sag ich mal, evangelische Träger sind, die sich hier offen jetzt streiten über die Frage, ist das richtig oder nicht, sollten wir das lieber beenden und an einem anderen Punkt weiterführen.

Klaus Müller-Starmann

Ich möchte das jetzt auch sehr freundschaftlich gesehen haben. Diese Diskussion ist nicht beendet. Keiner von uns will sie beenden. Wir würden sie gerne irgendwann führen können mit, ich sag's jetzt auch mal sehr vorsichtig, ein bisschen weniger gegenseitiger Verletzung. Das sage ich auch sehr offen als Person zu einem Begriff wie Zwangsarbeit, von einem Begriff wie Arbeitsdienst. Da fühle ich mich nicht nur als Trägervertreter angegriffen - na gut, Thomas Münch, lasst uns an dem Punkt mal aufhören. Ja, setzt mich hier auf das Podium und halte es aus. Aber ich muss doch auch mal sagen können, dass es mich persönlich trifft.

Nun aber noch eine Antwort an den Kollegen, der eben nachgefragt hat. Erstens, wir werden den zweiten Erfahrungsbericht, ich hoffe, bis zum Ende des Jahres fertig haben, und wir haben uns in diesem Erfahrungsbericht vorgenommen, sehr offen auch mit den Problemen unseres Projektes umzugehen. Es macht keinen Sinn mehr, immer so zu tun, als wäre alles nur prima, es funktioniert und wir haben keine Probleme. Wir haben eine ganze Menge von Problemen. Wir haben uns zu diesem Erfahrungsbericht ein Problem ganz besonders vorgenommen, und dies wird eine schwierige Frage, die wir aber klären wollen. Wir wollen jetzt den Jugendlichen hinterher gehen, die hier nur ganz kurz angekommen sind und selbst dieses Angebot, und ich sag's noch mal, selbst dieses Angebot nicht wahrnehmen wollen, was denn jetzt mit ihnen ist. Oder die auf dem Weg von der Luxemburger Straße bis hier schon einfach weggeblieben sind. Da bekommen wir ein Fax, dass gleich einer kommt, doch der kommt hier nicht an. Wir wollen denen nachgehen. Wir wollen wissen, was mit ihnen ist. Wir wollen auch nicht aus dem Blick verlieren, dass wir auch Verantwortung für die haben, das will ich hier ganz deutlich sagen. Herr Fuß und Herr Schwendy, haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, ist das Projekt komplett und rund, wo fehlen uns Sachen, wo müssen wir weiterentwickeln?

Karl-Peter Fuß

Wir wollen jetzt nicht unsere eigene Biographie aufarbeiten, das ist hier nicht der Ort. Also ich möchte zu dem Thema Arbeitsplätze in der Stadt Köln was sagen. Wir haben nicht das Problem, Arbeitsplätze zu finden, sondern wir haben im Moment die bizarre Situation eines gespaltenen Arbeitsmarktes. Auf der einen Seite habe ich in der Kartei über 50 000 Arbeitslose, 60 Prozent ohne zertifizierte Berufsausbildung. Trotz dieser hohen Zahl kriegen wir viele Jobs in der Stadt nicht besetzt. Wenn ich meine Kollegen rausschicke zur Akquise von Jobs, ist das kein Problem. Mein Problem ist, zu vermitteln. Das nur zur Situation in Köln. Das sind, der guten Ordnung halber dazugefügt, natürlich nicht die Traumberufe, Stewardess oder IT-Kaufmann, sondern es sind viele Helferstellen.

Nun kann man ja durchaus den Ansatz vertreten, und den vertrete ich offensiv, dass gerade unser Klientel, 60 Prozent ohne zertifizierte Berufsausbildung, prädestiniert es für Helferjobs. Gleichwohl haben wir da ein Defizit. Das heißt, ich bin sehr optimistisch, wenn es darum geht, Angebote machen zu können. Ich habe genug Angebote. Das ist das eine. Der zweite Punkt ist, wir haben auch unser ganzes Arsenal an SGB-Leistungen offen, sprich ABM, sprich Fortbildungsmaßnahmen und, und, und. Also, Angebote sind da. Und jetzt hat der Herr Müller-Starmann ja nach Dingen gefragt, die wir noch verbessern können. Wir müssen meiner Meinung nach noch offensiver herangehen, das Positive, die Leistungsfähigkeiten des einzelnen Kollegen heraus zu kanalisieren. Im ersten Gespräch muss gefragt werden, was kannst du denn, was willst du denn. Das haben wir in Holland abgesehen. Die stellen ja die Fragen anders herum, als wir das tun. Wir haben ja bislang immer gefragt, was könnt ihr nicht. Da, glaube ich, haben wir noch ein bisschen was zu tun. Jetzt werfe ich mal den Blick in die Zukunft. Ich wünsche mir für Köln, dass wir ein solches Projekt nicht nur auf Jugendliche beziehen, sondern mein Traum von der Realität ist, dass wir das ausdehnen auf den Erwachsenenbereich. Und ich bin optimistisch, dass wir das können.

Arndt Schwendy

Eines hat die Diskussion hier gezeigt, man kann Begriffe wie Paradigmawechsel oder eine andere Förderstrategie fahren natürlich ohne ein Minimum an Akzeptanz nicht auf Dauer nutzen.. Und wenn ich mich mit Frau Professor Spindler darüber einigen könnte, dass das, was sie uns hier entgegenhält, Warnleuchten, Prüfsteine und nicht Tatsachenbehauptungen sind, dann habe ich überhaupt kein Problem damit. Ich bin doch nicht so vermessen zu glauben, dass eine Vereinbarung zwischen Behörde und Trägern immer schon deswegen problemlos wäre, weil wir im Augenblick keine Klagen anhänglich haben oder noch keine verloren haben. Also als Warnlampen akzeptiere ich das.

|

Ich danke Herrn Matzdorf sehr, dass er dann die Begriffe Fördern und Fordern so klar definiert hat. Das sind schon richtige Operationalisierungen. Es gibt eben sehr viele Städte, Arbeitsämter, Träger, die uns die Bude einrennen und sich bei uns umschaun. Das hat natürlich einen politischen Hintergrund. Das überhaupt kein Problem von sozialdemokratisch motiviertem Regelungswahn, Herr Münch, sondern einfach ein Problem, was sich quer durch alle politischen Parteien bis zu den Grünen hin erstreckt, dass wir der Öffentlichkeit nicht mehr die Diskrepanz klarmachen können zwischen Aber- und Abertausenden angeblich arbeitsfähiger Transferhilfeempfänger und zu Hauf freien Stellen in den großen Städten. Sehen sie sich doch den Stadtanzeiger an oder die Schaufenster von

Arbeitsvermittlungsagenturen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Und wenn wir nicht da unsere Praxis auf allen Gebieten verbessern, dann werden uns das andere abdrehen, was wir jetzt noch an schönen Förderinstrumentarien haben. Da gibt es ja schon sehr konkrete Überlegungen. Ich nenne nur das Stichwort Abschaffung der Arbeitslosenhilfe oder Reduktion der Sozialhilfe. Also, damit muss man sich ja auseinandersetzen.

Ein anderes Problem ist die falsch verstandene Freiwilligkeit, die die gesamte deutsche Pädagogik und Jugendhilfe durchzieht. Wie ich meine bis zur Unverantwortlichkeit und Beliebigkeit hin zum Schaden der Leute, die in diesen Milieus gelandet sind. Bei dieser Diskussion stehen wir jetzt ganz am Anfang. Ich habe jedenfalls gelernt, dass junge Leute, die morgens in der Beratungsstelle sind, mittags bei der Beratungsstelle, den nächsten Tag bei dem Amt und dann bei dem Amt, niemanden von den Leuten ernst nehmen. Jeder klopf ihnen auf die Schulter, gibt ihnen ein Faltblatt und sagt, du könntest das machen, du könntest das machen. Die einzigen, die sie wirklich ernst nehmen, sind unsere Sachbearbeiter in den Sozialämtern, denn deren Ermessensspielraum ist unglaublich eng. Und wenn die ihnen sagen, entweder du machst dich jetzt auf den Weg, oder es gibt keine Knete, dann ist das eine Sprache, die sie verstehen.

Und zum Abschluss möchte ich doch noch mal sagen: Die Kritiker bauen hier einen Popanz um das "Sprungbrett" auf. Von über 3 000 Leuten, die jetzt in einem Jahr da waren, sind keine 300 bei "Sprungbrett" gelandet. Die meisten sind sofort auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gegangen, und doppelt so viele wie in "Sprungbrett", nämlich über 600, sind zurück in die Sozialämter, weil sie behindert, schwanger, krank sind. Und das, was uns noch fehlt, und da hat mir der niederländische Beitrag heute sehr viel gegeben, das sind Instrumente der Rehabilitation, Arbeitsmedizin und Psychologie und Assessments von einer ganz anderen Qualität, als wir sie machen. Bei uns treffen Sachbearbeiter und Vermittler im Grunde die Entscheidung, was einer noch kann, aus dem Bauch heraus. Hier haben wir noch ein großes Defizit. Wir haben eben eine unglaubliche Menge an Leuten mit psychosomatischen, psychiatrischen und Suchtkrankheiten und Kombinationen dieser mit körperlichen Krankheiten. Und deswegen, Herr Münch, ist die Psychiatrie nicht so weit weg, wie sie denken. Diese Leuten kennen ihre Rehabilitationsansprüche nicht. Der ganze zweite Arbeitsmarkt und die Beschäftigungsförderung laufen bis in die Haushalte hinein völlig isoliert neben der Rehabilitation. Hier müssen wir die Systeme im Interesse der Leistungsschwächeren dringend besser verzahnen. Das SGB IX gibt uns die Chance dazu.

Dies ist eine große Verpflichtung gegenüber unseren Hilfeempfängern, die eben nicht Drückeberger, Faulenzer, Unmotivierte oder Lebenskünstler sind, sondern schlichtweg nach unserem Sozialrecht Behinderte. Hier liegt für mich der größte Handlungsbedarf, denn mindestens 25 Prozent der erwachsenen Langzeitarbeitslosen haben so schwere Gesundheitsschäden, dass sich die Frage nach dem Behindertenstatus stellt.

Klaus Müller-Starmann

Ich wollte allerdings eine zusätzliche Frage an Frau Spindler stellen. Hier ist von Kollegen Schwendy die Formulierung Warnlampe verwendet worden. Waren es denn Warnleuchten, bedarf die Behauptung, es sei alles so, noch der Überprüfung?

Helga Spindler

Es ist nicht nur Warnleuchten, denn ich sehe hier eine Grundtendenz. Sie sagen, es war bisher alles schlecht, alle Maßnahmen, das soziale Sicherungssystem, die Transferleistungen, die Beratung- alles war schlecht, und in vielen Einzelscheinungen bin ich mit Ihnen darin vermutlich einer Meinung. Aber jetzt, sagen Sie, aber jetzt machen wir alles gut und wir, die wir alles gut machen, wir behaupten das, ohne dass jemand etwas Gegenteiliges überprüfen oder dagegen vorgehen kann.

Ich glaube, Sie haben eins vergessen: Sie haben vergessen, dass Sie jetzt anfangen, Macht auszuüben, und zwar mit finanziellen Möglichkeiten Macht auszuüben über die Menschen, Macht auszuüben über die Mitarbeiter. Ich sage immer, dass ich ja nur so locker reden kann, weil ich nicht in diesem Bereich beschäftigt bin, sonst wäre ich wahrscheinlich eine der nächsten Arbeitslosen hier in Köln. Hier wird Macht ausgeübt. Es ist klar, das wird überall in Unternehmen ausgeübt und wird vom Staat immer ausgeübt, aber da gibt es Regeln, an die man sich halten muss und die Betroffenen können sich darauf berufen, sich organisieren und Unterstützung zuziehen.

Wenn Sie in diesen Bereich gehen, und das ist meine dringende Bitte, dann lassen Sie die Betroffenen sich entsprechend artikulieren, geben Sie ihnen bitte Beratungsmöglichkeiten, - wo qualifizierte Menschen unabhängig zur Verfügung stehen und wo sich jemand hinwenden kann, der den Eindruck hat, hier passiert irgendwas, was rechtswidrig oder nicht sinnvoll ist für mich. Ich hätte sehr viel mehr Sicherheit, wenn es solche Möglichkeiten in ausreichender Zahl und nicht mit ABM-Kräften besetzt im Lande geben würde. Dann könnte ich das differenzieren; bin ich auch gerne bereit. Aber wenn ich ausnahmsweise mal an eine Richtlinie herankomme, und da stehen mir schon die Haare zu Berge, da kann ich mir nur vorstellen, was da sonst noch alles passiert. Ich würde Sie bitten, denken Sie dran, wenn Sie Verbindlichkeit fordern, lassen Sie den Menschen eine unabhängige Beratung, die sie bei Bedarf heranziehen können. Dann wäre mir wohler.

Klaus Müller-Starmann

Ich hab mich hier heute Nachmittag nicht aufs Podium gesetzt in der Hoffnung, dass wir hier am Ende alle Missverständnisse aus dem Wege geräumt, alle Unterschiede beseitigt hätten; das war nicht zu erwarten, wäre auch langweilig gewesen. Ich will zum Schluss auch nur noch zwei Sätze sagen. Ich hoffe, dass die Kollegen, die aus Köln hier sind, - einen Großteil von denen kenne ich, ich weiß, ein Großteil von denen arbeitet in den unterschiedlichen Projekten. Ich hoffe, dass ihr ein Stück weit auch an Bekräftigung mit nach Hause nehmt. Ich hoffe, dass die, die aus anderen Städten hier waren, egal woher, hier die Anregungen bekommen haben, die sie sich für den heutigen Tag gewünscht haben. Ich danke allen, die hier oben auf dem Podium waren ausdrücklich, wünsche ihnen allen einen guten Heimweg und sage ihnen zu, dass die BAG Arbeit in möglichst kurzer Zeit einen ausführlichen Tagungsreader zu dieser Veranstaltung veröffentlichen wird. Danke sehr.